

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Nr. 31.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 14. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Polnisch-katholisch.

In seiner letzten Nummer nimmt der „Biarus“ wieder seine Polemik gegen die verderbliche Kirchenpolitik der ultramontanen polnischen Führer auf, indem er meint, daß dieser Politik nicht nur die Organisation und Existenz der Kirche bedroht, sondern in noch erhöhterem Maße das Wesen der polnischen Nationalität bedrohe. Der Grund hierfür sei, die seit Jahrhunderten bestehende und von den Kirchenpolitikern (allein von den Kirchen politikern?) — Red. der Pol. Sta. eifrig geplante Verquälzung des Polonismus mit dem Katholizismus, welcher dazu geführt hat, daß das Nationalitätsbewußtsein im Volke fast vollständig verwischt (!) worden und in der Konfession und der Kirche aufgegangen ist. So lange die Kirche nicht bedroht war, konnte man diese Sache noch extragen und sich damit trösten, daß die Kirche, welche eine besondere, theilweise von den weltlichen Behörden unabhängige Organisation bilde, die Polen zu den ihrigen zährend, deren Interessen fördern werde. Jetzt aber, wo diese angebliche politische Stütze der Polen systematisch zertrümmert werde, müssen dieselben um ihre Nationalität auf das höchste besorgt sein und es auch den Laien erlaubt sein, nachdem nun einmal eine konfessionell-nationale Einheit hergestellt worden, die polnischen Interessen gemeinschaftlich mit der Kirche in Erwägung zu ziehen.

„Wenn uns Demand nachweist“, so fährt das polnische Blatt wörtlich fort, „dass nur rein kirchliche Interessen bedroht sind, so werden wir sofort schweigen und denen Recht geben, welche dem Laienverstande nicht das Recht der Freiheit in dieser Angelegenheit zuwenden wollen. Wir geben noch weiter, wenn die Kirchenpolitiker soviel Muß zeigen sollten, um in ihren Organen die upfliche Vermischung des Polonismus und Katholizismus aufzuklären und zu zeigen, was Nationalität und was Konfession in, daß Katholiken alle anderen Nationen sein können, der Polonismus uns aber allein nur zulässt; daß die katholischen und polnischen Interessen im gegebenen Falle sowohl gemeinschaftlich als zu viderlaufen seien können; wenn der Weltgeistlichkeit, die mit dem Volk in Verbindung tritt, in weltlichen und politischen Angelegenheiten gesetztes wird, sich von weltlicher und nicht kirchlicher Politik zu leiten — auch dann werden wir schweigen und den Kampf in der That für den Sieg zweier Mächte betrachten, in welchem sich zu mischen uns als Unterthanen nicht gestattet. Wir sind sogar bereit, die materiellen Schäden, die die Nation immerhin treffen werden, zu verschmerzen. Das Äquivalent für diese Verluste wird die Auflösung des polnischen Geistes und Weisens, seine Befreiung von dem Kirchenkleide, in welchen es seit Jahrhunderten eingebettet sei.“

Diese Trennung der Begriffe ist nach der Meinung des „Biarus“ um so nothwendiger, als die Kirche über kurz oder lang vollständig germanisiert wird und dann im Verein mit anderen Behörden die Polen germanisieren und der größte Feind derselben Nationalität sein werde, mit welcher sie gestern noch eine angeblich vollständige Einheit gebildet hat.

An demselben Tage hat auch der „Kurher Poznanski“ die Frage der Verbindung des Polonismus mit dem Katholizismus behandelt, indem er gegen den hiesigen „Dziennik“ polonisierte, welcher wie bekannt, sich vor einiger Zeit im Sinne des „Biarus“ äußerte. Merkwürdiger Weise konstatiert das ultramontane Blatt ebenfalls die That-sache, daß die polnische Bevölkerung Nationalität und Religion mit einander vermengt habe, giebt aber von seinem Standpunkte aus anderen Gründen dafür an und gelangt zu anderen Schlussfolgerungen als die nationalen Gegner. Nach seiner Ansicht ist es gerade die Kirche, die allein das nationale Bewußtsein im Volke erhält, mit der Kirche stehe und falle auch die Nationalität. „Denn wer weiß und sieht es nicht, daß das Volk von seinen Vätern neben den Sitten und der Sprache eine lebendige Tradition des Glaubens ererbt hat; politische Traditionen hat es nicht und hat es auch nie gehabt. Deshalb ist auch der Polonismus bei uns gleichbedeutend mit dem Katholizismus. Wenn jetzt der Staat in das kirchliche Gebiet übergreift und hier der Einfluß der preußischen, der deutschen Polizei und Administration alles mit eisernen Bangen angreift, so wird auf das polnische Bewußtsein bis zum letzten Funken erstickt sein. Dann erst wird man sagen können: „Finis Poloniae.“

Das mag nun im gewissen Sinne richtig sein und trifft jedenfalls für die niedere Bevölkerung und für die gebildeten Klassen, soweit sie kirchliche Gesinnung haben, durchaus zu. Nur ein kleiner Theil von Gebildeten besitzt ein selbständiges, durch religiöse Vorstellungen nicht vermeintes Nationalgefühl. Darin liegt auch eine gewisse Entschuldigung dafür, daß die Führer der nationalen Partei, um ihren Anhang zu verstärken und die Massen zusammenzuhalten, polnische und katholische Interessen dem Volke als gleichbedeutend darstellen. Für die Verwirrung der Begriffe müssen sie jetzt freilich büßen, nachdem der Katholizismus zum Ultramontanismus geworden, von der modernen Gesellschaft bekämpft wird. „Alle Schuld rächt sich auf Erden.“ Der Polonismus hat die Nutzungen genossen, welche ihm aus der Association mit dem Katholizismus zu Theil wurden, und muß jetzt seine Verluste und Niederlagen teilen. Der Ultramontanismus läuft sich wenig darum, ob dabei die polnische Nationalität zu Grunde geht. Die Papstkirche ist eine internationale Institution und hat losmäßige Zwecke, sie benutzt den Nationalismus nur, wenn und soweit er ihren höheren Zielen dient; wenn je der Ultramontanismus in Deutschland siegen könnte, würde die katholische Hierarchie, — darin hat der „Biarus“ Recht, — den Polonismus mit leichtem Herzen opfern.

Das Regiment des Erzbischofs Ledochowski kann als Beleg dafür dienen. Dieser jesuitische Kirchenfürst und seine Vertrauten haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß ihnen die römische Kirche Alles, die polnische Nationalität nichts sei. Es ist darum nicht begründet, wenn der „Biarus“ den „Kirchenpolitikern“ Schuld giebt, die falsche Vorstel-

lung von der Identifizierung des Polonismus und des Katholizismus gefordert zu haben. So wenig Sympathie wir sonst für die polnischen Ultramontanen besitzen, aber die Anerkennung können wir ihnen nicht versagen, daß sie ihre Ziele klar hingestellt haben. Gerade die nationalen Worführer waren es, welche Alles thaten, um die Begriffe von Nationalität und Religion zu verwirren, um so den polnischen Clerus und die Masse der polnischen Bevölkerung für ihre nationalen Agitationen zu gewinnen.

Als wir vor einigen Jahren ausführlich den Irrthum nachwiesen, welche in dieser Verquickung von nationalen und religiösen Bestrebungen liege, wurden wir vom „Dziennik“ in einer sehr unhöflichen Weise belehrt, daß wir davon nichts verstanden. Heut bestätigen nationale wie ultramontane Blätter unsere damaligen Ausführungen. Aber die richtige Lehre weiß die Nationalpartei aus dieser Erkenntniß nicht zu ziehen. Im Gegenteil erhält sie selbst die Täuschung, der Katholizismus sei Polonismus und der Polonismus Katholizismus, indem sie sich enger als je mit den Ultramontanen verbunden hat. Anstatt fortwährend auf die Römlinge zu räsonniren, daß sie keine polnische, sondern ihrer Natur nach — römische Politik treiben, würde es den Nationalen besser ansehen, sich erst einmal von der Kirchenpolitik zu emanzipieren und rein nationalen Arbeiten obzulegen. Was hindert denn die polnische Nationalpartei selbständigt aufzutreten und selbstständig zu handeln?

Die russischen Grenz-Zollämter.

Welche Schwierigkeiten die russischen Grenzämter dem Handel in den Weg legen, wird zwar den meisten Leuten bekannt sein, doch sind nur zu Viele geneigt, jede Schuld und namentlich das lange Waaren der Waaren an der Grenze den Spediteuren zur Last zu legen. Man wünscht und verlangt, daß ein routinierter Geschäftsmann Alles rasch abwickle. Das „Wie“ wird selten in Erwähnung gezogen. Es dürfte also nicht uninteressant sein, den Geschäftsgang bei der Verzollung zu besprechen. Der Spediteur hat zunächst über die Waare eine Angabe beim Zollamt einzureichen. Dieselbe wird mit den auf dem Zollamt befindlichen die Waare begleitenden Dokumenten verglichen. Jede sich dabei herausstellende Differenz — und wäre sie noch so gering — wird mit einer Strafe belegt. Es kennt z. B. der russische Tarif die Bezeichnung „Ballen“ nur bei Wolle und Garn; geschieht es nun, daß andere Artikel, wie z. B. „Ballen“ im Frachtbrieff angegeben sind, während der Spediteur in der Angabe laut Tarif „Säcke“ deklarierte, so wird dieser Formalitätsfehler mit einer Strafe von 10 p.C. des Wertes geahndet, welche wie alle anderen Strafzahlungen unter die Zollbeamten vertheilt werden. Die Accidenten haben zwar den Zweck, die Zollbeamten zur forschätesten Pflichterfüllung anzuregen, allein nur zu oft können die Argusaugen eines interessierten Beamten den Spediteuren dort Unbequemlichkeiten bereiten, wo dem Gesetz vollständig Rechnung getragen worden. Ist die Angabe beendigt, dann kann die Revision der Waare vorgenommen werden, die unter Aufsicht eines Zollmitgliedes und eines Packhaus-Aufseher Gehilfen von Statthen geht. Der erste vergleicht bei jeder Position die gemachte Angabe mit dem Buchstaben des Tarifs und registriert etwaige Differenzen, der letztere schreibt nach der Revision den Bescheid mit Datum nieder. In schwierigen Fällen z. B. bei Farben, Apothekerwaren, wie bei Maschinen werden Experten zur Entscheidung hinzugezogen. Jetzt wandert die Angabe zum Zollakzessor behufs Feststellung der Zollzölle und der Accidenten, dann zum Zollzösser, der das Geld gegen Quittung in Empfang nimmt. Ein anderer Beamter verabfolgt den Auslieferungsschein; derselbe berechtigt zur Empfangnahme der Waare und beschließt die hier in größter Kürze fixierte Zoll-Prozeßur. Man erwäge nun, wie viel Zeit Alles dieses in Anspruch nehmen muß, man bedenke, daß die Beamten sehr in Anspruch genommen und vielleicht auch bei ihrem geringen Gage nicht immer disponirt sein mögen, und man wird leicht begreifen, wie wenig Schuld der Spediteur an den so oft entretenden Verzögerungen hat. Sind diese schon bei ganz regulärer Abwicklung des Geschäfts schwer zu verblüten, so werden sie fast unvermeidlich, wenn sich bei der Declaration Differenzen herausstellen und dies kommt nur so häufig vor. Gesetzt, es wäre eine Sendung als verarbeitetes Messing angegeben (nach § 161 zu 3 No. per Bud Zoll); der mit der Revision betraute Beamte sieht die Waare aber nicht dafür an, sondern klassifiziert sie als eine verarbeitete „Kupfer-Legierung“ wie Tombac, Mannheimer Gold, Semitor, Bronze, Kanonenmetall, Glodenpeise, Spiegelmetall etc., welche mit 12—20 No. per Bud Zoll belegt ist. Dann wird die als „verarbeitetes Messing“ angegebene Waare einmal mit dem höhern Zoll, außerdem aber noch mit einer Poena belegt, d. h. mit einer Strafe, die der Differenz gleichkommt zwischen dem angegebenen niedrigeren und dem vorgefundener höheren Zollzoll. Um also bei unserm Beispiel stehen zu bleiben, so beträgt der Zoll für verarbeitetes Messing 3 No., für die andern angeführten Artikel 12—20 No. per Bud; hier würde also die zu zahlende Poena 9—17 No. per Bud betragen. Nehmen wir einen zweiten Fall. Man weiß, wie schwer es oft hält, halbseidenes vom Seidenzeug zu unterscheiden. Der Beamte sieht das halbseidene Zeug (2 No. 20 Kop. per Pfund) als Seidenzeug an (5 No. per Pfund) so beträgt hier die Poena 2 No. 80 Kop. — Dritter Fall. Der Gehilfe schreibt aus Versehen statt „vollständig“ die Maschinen von Eisen zu § 175 Punkt 2 (per Bud 30 Kop.) „zu § 175 Punkt 1“, so beträgt das zu erhebende Zollzoll 75 Kop. und die Poena 45 Kop. — Vierten Fall. Anaegeben sind in einer Kiste Apothekerwaren 5 andere Artikel und als 6. Pottasche, die zollfrei ist. Die Apothekerwaren sind auf den Gläsern und Packen mit lateinischen Etiquettes versehen, Pottasche trägt also die Etiquette „Kali carbonicum“ (K_2CO_3). Der Expert sieht im Tarife nach und findet Kali bicarbonicum ($KHCO_3$) zu § 140 mit 1 No. 10 Kop. per Bud, ergo 1 No. 10 Kop. Zoll, 1 No. 10 Kop. Poena, macht zusammen 2 No. 20 Kop. Es ist allerdings nicht gut zu verlangen, daß die unten Beamtin mit 25 No. monatlicher Gage noch Lateinisch verstehen oder gar den Unterschied zwischen Kali carbonicum (K_2CO_3) und K. bicarbonicum ($KHCO_3$) kennen sollen.

Was kann in derartigen Fällen der um das Interesse seines Geschäftsfreundes befürzte Spediteur thun?

Es bieten sich ihm in allen Fällen mehrere Wege dar, um zu seinem Rechte zu kommen, aber alle haben den Fehler, daß sie nicht ohne bedeutenden Zeitverlust durchmessen werden können. Zunächst kann der Spediteur bei der Zollkonferenz, bestehend aus dem Zolldirektor und den Zollmitgliedern eine Kläfführung der Waaren beantragen, aber für einzelne Artikel, die entweder schnell verderben oder einem

Mindestpreis von 20 Pf. die schadspaltende Zeile oder deren Raum,stellamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875

schnellen Wechsel der Mode unterliegen, ist schon diese Verzögerung oft verlustbringend. Ebenso steht es dem Spediteur frei, wenn er sich vor seinen Auftraggeber benachteiligt glaubt, eine Neurevision der Waare zu erbitten; von diesem Rechte wird jedoch nur äußerst selten Gebrauch gemacht, da man an der Grenze sich gern hält, durch eine derartige Maßregel den Unwillen der Beamten zu erregen. Endlich steht es den Verkäufern zu, an das Zolldepartement in St. Petersburg direkt zu appellieren, dessen Entscheidungen fast durchgängig höchst liberal ausfallen und auf Antrag häufig die einem Damoklesschwert gleich übe den Häuptern des Spediteure schwedende Poena niederschlagen. Abgesehen aber von den für voluminöse Gegenstände oft unverhältnismäßigen Kosten bringt ein solches Vorgehen ganz erheblichen Zeitverlust und viele Importeure zahlen lieber die ihnen aus förmlichen Gründen auferlegten höhern Preisen, um nur rechtzeitig über ihre Waare verfügen zu können. Aus vorstehenden An deutungen dürfte auch dem Fernerstehenden das Unverträgliche der gegenwärtigen Verzollungsmöglichkeiten klar geworden sein, obwohl sich noch manche andere Uebelstände anführen lassen. Es bleibt daher dringend zu wünschen, daß das jetzt in Arbeit befindliche neue Zollgesetz diesen unergültlichen Zuständen ein Ende bereite und es dem soliden Geschäftsmanne ermögliche, auf sicherer Basis zu kultivieren, so daß er sowohl über die Höhe der Steuer, als über das ungefähre Eintreffen seiner Waare im Vorhinein unterrichtet ist. (Königsh. Handelsbl.)

Deutschland.

△ Berlin, 12. Januar. Einige Blätter verbreiten die Nachricht, daß die Feststellung des Staatshaushalts von Seiten des Staats-Ministeriums erst im Laufe dieser Woche erfolgen werde, und sprechen die Besorgnis aus, daß die Vorlage desselben sich verzögern und dem Landtag daher nicht Gelegenheit gegeben werde, sich sofort mit dem so wichtigen Gegenstande vertraut zu machen. Diese Darstellung ist durchaus irrig, die Feststellung des Etats hat bereits in voriger Woche stattgefunden und hat derselbe auch schon die Genehmigung des Königs erhalten, so daß die Vorlage sofort nach der Konstituierung des Landtages erfolgen kann. — An den Berathungen die im Ministerium des Innern über den Entwurf einer Statute ordnung geplagt worden sind, haben folgende Bürgermeister teilgenommen: Hobrecht (Berlin), Beyer (Potsdam), Tornow (Breslau), v. Winter (Danzig), Hasselbach (Magdeburg), Burscher (Stettin) und Kohleis (Posen). Wenn in einigen Blättern behauptet wird, der Entwurf habe eine so wenig günstige Aufnahme gefunden, daß die Vorlage desselben wohl als vertagt anzusehen sei, so ist darauf hinzuweisen, daß die Berathungen überhaupt noch nicht beendet sind, indem heute Abend noch eine Sitzung stattfinden wird, und daß es von vornherein zweifelhaft war, ob die Regierung den Entwurf sofort zur Vorlage beim Landtag bringen werde. Die Regierung scheint, wie man erfährt, überhaupt nach dem Plane verfahren zu wollen, daß sie in erster Linie nur diejenigen Gesetzentwürfe dem Landtag vorlegt, welche unmittelbar zur Vollendung der auf der Grundlage der Kreisordnung angbahnten Organisationsreform wesentlich erforderlich sind. Dies würden also die Entwürfe über die Provinzialordnung, den Dotationsfonds und die Verwaltungsgerichte sein. Es wird dann von dem Verlauf der Verhandlungen und der zur Verfügung stehenden Zeit abhängen, wie weit noch andere ergänzende Vorlagen sich ausschließen können. Wenn aber auch nur jene drei Vorlagen zum legislativen Abschluß zu bringen sein sollten, so würde die Session schon als eine sehr fruchtbare zu bezeichnen sein. — Der Bezirk-Präsident von Othringen, v. Buttstädt, hat sich bereits von der Regierung in Gumbinnen verabschiedet und ist hier eingetroffen. Bis Ende dieser Woche wird er in Berlin verweilen und alsdann unmittelbar auf seinen Posten abziehen.

△ Berlin, 12. Januar. Diese Woche gehört im Reichstage dem Zivilehegesetz, die nächste Woche den beiden Rechnungsgesetzen und kleineren Gegenständen. Erst in der am 25. Januar beginnenden Woche kann frühestens das Bankgesetz im Plenum zur Verhandlung kommen. Schwerlich erreicht daher schon mit Ablauf dieses Monats die Reichstagsession ihr Ende. Man nimmt an, daß vielleicht aufsangs nächster Woche die 2. Sitzung des Bankgesetzes in der Kommission zu Ende kommen wird. Dann sind aber noch eine Anzahl Tage erforderlich zur Fertigung und Feststellung des schriftlichen Berichts. Berichtsteller wird voraussichtlich Herr Bamberger werden. Das Gesetz über den Rechnungshof und das Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben sind bisher nicht auf der Tagesordnung erschienen, weil Delbrück erklärt hatte, der Bundesrat wolle sich zuvor über seine Stellung zu den beiden Entwürfen schließen. Für den Antrag der Fortschrittspartei, betreffend die Declaration des Artikels 31 der Verfassung (Fall Majunka), wird gutem Vernehmen nach auch der linke Flügel der nationalliberalen Partei stimmen, so daß ihm die Mehrheit ziemlich gesichert ist. Der Antrag hat aber als Gesetzeswurf drei Lesungen zu passieren; da zugleich Mitglieder-Anträge nur Mittwochs zur Verhandlung gelangen, am morgigen Mittwoch die Sitzung aussfällt, auch an den späteren Mittwochen andere Anträge und Petitionsberichte noch den Vorrang vor dem Antrag haben, so ist keine Aussicht, daß der Antrag in dieser Session über die erste Lesung hinausgelangt. Zu einer materiellen Abstimmung über den Antrag wird es daher erst im Herbst wieder kommen. — Die Regierung zeigte sich gestern, entgegen vielverbreiteten offiziösen Nachrichten, mit der Kommissionsfassung des Landsturmgesetzes vollständig einverstanden. Allerdings gewährt dieselbe keinerlei Schutz gegen die beliebige Einräumung einzelner Landsturmpflichtigen in die Landwehrtruppenheile und somit gegen eine tatsächliche Ausdehnung der Landwehrpflicht für einzelne Spezial-Waffen oder Chargen. Eben deshalb stimmte die Fortschrittspartei nach Ber-

werfung ihrer, solche Sicherung bezweckenden Amendments gegen die einschlagenden Paragraphen im Ganzen. — Das Abgeordnetenhaus wird sich unmittelbar nach seiner Konstituierung auf mindestens 10 Tage vertragen, weshalb Niemand etwas versäumt, der vorläufig zu Hause bleibt. Bisletzt werden einige Kommunareformgesetze so gleich eingebrochen. Erste Lesungen oder Kommissionsberatungen sollen aber vor Schluss der Reichstagsession nicht stattfinden. Man will das unwürdige Auf- und Absetzen der Mitglieder zwischen den beiden Enden der Leipzigerstraße durchaus vermeiden. — Man will wissen, der neue Entwurf einer allgemeinen Städteordnung führe gemeinsame Verathungen und Abstimmungen der Magistratspersonen und Stadtverordneten ein. — Die Herren Grumbrecht, von Dücker, Buhl u. A. mit Familie in Berlin sich aufhaltenden Abgeordneten haben ein Komitee gebildet, um Sonntag den 24. Januar einen Reichstag zu veranstalten. — Die Situngen der am 26. Januar beginnenden brandenburgischen Provinzialsynode versprechen recht erbaulich zu werden. Die Orthodoxen planen Etwas gegen den von Berlin in die Synode erwählten Prediger Shdow; derselbe hat bekanntlich schon einmal vor einem Rebergericht gestanden, ist aber vom Oberkirchenrath zu einem Verweis begnadigt worden. Womöglich will man ihn jetzt aus der Synode ausschließen. Je unverhohler die auf Grund der neuen Kirchenordnungen aufgebauten Synoden ihre hierarchisch-orthodoxe Natur zwingen, um so sicherer entgeht das Land der Gefahr, daß diese Ordnungen gefährliche Sanktion erhalten, um so mehr wachsen auch die Chancen für die Ablehnung der im neuen Staatshaushaltsetat abermals begehrten Verbesserungen des Einkommens der Geistlichen.

2. Berlin, 13. Januar. [Bronzegeschüsse. Hinterladungs-Gewehrsysteme]. Die Versuche der Bronze neben dem Gußstahl eine Verwendung als Geschützmaterial der Feldartillerie zu sichern, die nach den ungünstigen Ergebnissen der Versuche die sog. Phosphorbronze zu diesem Zweck zu benutzen, völlig abgeschlossen schienen, sind neuerdings nach drei Richtungen, und angeblich mit einem die günstigsten Ausichten gewährenden Resultat wieder aufgenommen worden. In Russland hat man zunächst versucht, die Geschützbronze durch ein neues Gußverfahren im flüssigen Zustande zu komprimieren, in Frankreich ist man zu dem gleichen Zweck dahin vorgedrungen, die Ablösung verhältnisse der Bronze durch Guß in dicken gußeisernen Coquilles zu verändern, und in Österreich will man jetzt dahin gelangt sein, die ohnehin durch ein ähnliches Gußverfahren schon bedeutend erhöhte Widerstandskraft der Geschützbronze durch einen dem noch hinzugefügten Walzprozeß noch höher zu potenzieren. Das Legirungsverhältnis der hierzu benötigten Bronze wird zu 8 Prozent Zinn und 92 Prozent Kupfer angegeben. Der Erfinder dieses Verfahrens ist der österreichische General Uchatius, der auch auf dem Gebiete der Gußstahlfabrikation bereits vortheilhaft hervorgetreten ist, und ist von ihm das nach diesem neuen Verfahren erzeugte Geschützmaterial Stahlbronze genannt worden. Die bisherigen Versuche mit dieser leichten sollten die günstigsten Resultate ergeben haben, und wird die Widerstandsfähigkeit dieser neuen Geschützbronze als der des Gußstahls vollkommen ebenfalls bezeichnet. Vorausichtlich dürfte, wenn die noch fortgesetzten Versuche sich in Hinsicht ihrer Ergebnisse auf der gleichen Höhe erhalten sollten, die österreichische Feldartillerie mit Geschützen aus diesem neuen Material ausgerüstet werden, wie die provisorische Ausstattung der französischen Feldartillerie mit noch dem vorerwähnten neuen Gußverfahren ein coquille hergestellte Bronzegeschütze des Reiche-Systems bereits erfolgt ist. In den österreichischen Mitteilungen wird hervorgehoben, daß man die Ausstattung der österreichischen Feldartillerie mit diesen neuen Bronzegeschützen mit 1½ Millionen Gulden, oder um ca. 1 Million billiger, als sich die Ausführung derselben mit Gußstahlgeschützen stellen würde, verhältnißmäßig zu können erwarte. Die Vorauslagen lauteten freilich bei dem ersten Auftreten der Phosphor-Bronze vor einigen Jahren nicht minder günstig, und hätte man damals namentlich in Österreich ganz in gleicher Weise wie jetzt mit der Stahlbronze durch dieselbe der Einführung der Gußstahl-Geschütze überhoben zu werden, worauf später nichtsdestoweniger die vollkommenste Entwicklung erfolgte. Ob diese neue Erfindung sich besser bewähren wird, muß deshalb jedenfalls abgewartet werden.

Nach einer neuern Übersicht befinden sich gegenwärtig bei der Armee der verschiedenen europäischen Mächte 26 verschiedene Hinterladungs-Gewehrsysteme in Gebrauch genommen. Mehrere dieser Systeme sind dies jedoch doppelt und mehrfach, so das Remington-Gewehr in Schweden, Dänemark und Griechenland, das Bitterli-Gewehr in der Schweiz und Italien, das Snider-Gewehr in England, der Türkei und Holland, das alte und optische Dreyse'sche Bündnadelgewehr in Deutschland, Rumänien und Montenegro. Das kleinste Kaliber besitzen von diesen Gewehren das Bitterli-Gewehr mit 10,4, das Bitterli-Nepetli-Gewehr mit 10,5, das Nabodji- und Amaler-Gewehr, beide ebenfalls mit 10,5, das Verdan-Gewehr mit 10,6 und Verdi-Gewehr mit 10,9 Millimeter. Das neue deutsche Mauer-Gewehr besitzt ein Kaliber von 11,0. Genau das gleiche Kaliber besitzt auch das bei der bairischen Armee eingeführte Werder-Gewehr. Das alte Dreye-Gewehr besitzt ein solches von 15,4 und das italienische Cassano-Gewehr sogar ein Kaliber von 17,5 Millimeter.

Kurfürstliche Anekdoten.

Der "Trib." werden aus Kassel folgende Mittheilungen über den verstorbenen Kurfürsten von Hessen gemacht:

Das ganze "Denken und Sinnen" des Exkurfürsten ging, wie ja jedem Eingeweihten bekannt ist, dahin, stets nur das zu thun, was seinen Untergebenen oder seinem Volk am unangenehmsten war. Diese hervorragende Herrschereigentümlichkeit war für Niemand in Kurhessen ein Geheimnis. Wenn daher einer der Flügelaristokraten (drei Familien lieferten ihm dieselben), einem Offizier, der etwa an der scharfen Klippe „vom Hauptmann zum Major“ angelangt war, nicht wohlwollte, so brauchte er nur dem Kurfürsten zu berichten, der Betreffende habe sich schon die Majorsepallen angeschafft, um ganz sicher zu sein, daß das Avancement nicht stattfand, ja daß, wie es wiederholt geschehen, das schon ausgefertigte Patent, falls es noch zu erlangen war, wieder zerrissen wurde. Der Kurfürst wurde aber häufig in seinen eigenen Schlingen gefangen. So hatte es z. B. dessen allerhöchsten Unwillen hervorgerufen, daß ein höherer Offizier sich sein Haus behaglich eingerichtet und sogar an der Verschönerung seines Gartens selbst gearbeitet. Eine solche Vermessenheit, sich einzurichten, als ob kein höherer Will über ihm stände, der ihn jederzeit aus diesem Hause treiben könnte, mußte gefühlt werden. Der Offizier wurde zum Kurfürsten bestimmt, um aus allerhöchstem Munde seine Vertheidigung als Stadtkommandant nach Fulda zu vernnehmen. Der Offizier, auf dem Hofparquet nicht unbewandert, übernahm sofort die Situation und dankte in den überschwänglichsten Worten für die hohe Gnade, die ihn gerade nach Fulda versetzte, wo er so nahe verwandte habe und wohin sein Herz ihn längst gezogen. „Nicht versagen, hier bleiben sollen!“ war die Antwort des Kurfürsten. Nicht minder schlau als dieser, wußte es der Vorsteher des Geistes zu B. einzufädeln, seinem eingeren Valerlande regelmäßig zwei gute Buchstaben zu wenden, die der Kurfürst laut Vertrag jedes Jahr an das Landgestüt abzugeben hatte. In seinem Bericht an den Kurfürsten wurden stets die schlechtesten Pferde als die besten und umgekehrt die

besten als die unbrauchbarsten bezeichnet, und — der schlaue Patriot wurde nicht ein einziges Mal in seiner Erwartung getäuscht: Jedesmal wurde der Befehl, die angeblich schlechtesten, d. h. die besten Pferde anzuliefern, ertheilt.

Ein Bau durfte unternommen werden, ohne daß der Kurfürst eigenhändig seinen Namen unter die Bau-Konvention gesetzt batte. Wußte er nun, oder halte er unglücklicherweise erfahren, daß auf ein solches Dokument ganz besonders schriftlich gewartet wurde, so unterblieb die Unterschrift so lange als möglich, oft jahrelang. Seinen Ministern, die er sich doch wahrlieb nur nach seinem Geschmack ausgesucht, machte er es in dieser Beziehung ebenso schwer, wie anderen Leuten. Es war etwas Alätzliches, daß diese sich hinter den Kammerdiener, oder hinter den Kanzlisten des Geh. Kabinetts zur Erlangung einer dringenden Unterschrift stecken mußten, um durch List zu erreichen, was sie auf geradem Weg erlangen nicht könnten. Mit dem Herrn Geh. Kanzlisten durfte es daher keiner verderben, denn wenn eine Angelegenheit auch alle Säden glücklich durchlaufen und spruchfrei war, konnte sie schließlich doch noch an dem kurfürstlichen Eigentum scheitern. Und wie schwer war es selbst diesem Beamten, trotz aller angewandten Finessen dann und wann einige Unterschriften zu erlangen! Einmal, um nur ein vorzügliches Beispiel anzuführen, war es dem Kanzlisten ganz besonders darum zu thun, einige Rekripte ausgefertigt zu erhalten. Er bleibt also, nachdem er die zur Unterschrift fertigen Sachen neben die vielen anderen schon dort hoch aufgestapelt veraltenden auf den Tisch gelegt, zägernd an der Thüre stehen. „Was stehen bleiben!“ schnauzt ihn der Kurfürst an. „Halten zu Gnaden, Königl. Hoheit, ich habe nach einer neuen Manier einige Federn geschnitten und möchte allerunterthänigst bitten, mir zu sagen, wie diese Federn E. Königl. Hoheit passen.“ „Will nichts Neues, Dummköpfe — nun einmal hergeben, probieren will,“ lautet die noch äußerst gnädige Erwiderung. Der Geh. Kanzlist reicht also von den Papieren zur Unterschrift hin, er ist glücklich, in Besitz von acht Unterschriften zu sein, als der Kurfürst ihn plötzlich anfaßt: „Nicht immer von oben, jetzt von unten nehmen!“ und ihm so die Hoffnung zu Wasser macht, die Unterschrift gerade für das Do-

haupt reicht, nachdem Elsaß-Lothringen mit dem Jahre 1871 aus der Übergangsperiode in die Periode organisatorischer Gestaltung eintrete, die damals übernommene und bestätigte politische Eintheilung des Landes um so mehr beizubehalten sein, als neue tiefgreifende organische Änderungen den begonnenen Assimilationsprozeß nur föhren und in seinem bisherigen Fortschreiten ohne zwingenden Grund aufhalten würden. Zudem darfte sich keine Maßregel empfehlen, welche nur eine weitere innere Trennung des Elsaß von Lothringen zur Folge haben könnte.

— Laut Bekanntmachung des I. Stadtgerichts ist unter Nummer 5198 in das Handelsregister eingetragen worden: Die Gesellschafter der hier selbst unter der Firma: Die Post, Käffler u. Co. am 15. Mai 1874 begründeten Handelsgesellschaft (Zeitung auf Aktien), jetzige Geschäftsstätte: Zimmerstraße 96. Die Gesellschafter sind: 1) Fürst Hans Heinrich XI. von Bleß auf Bleß, 2) Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode zu Wernigerode, 3) der Konsul a. D. Rudolph Stengel zu Stakwitz, 4) der Schriftsteller und Redakteur Dr. Leopold Käffler zu Berlin. Zur Bezeichnung der Firma ist nur Dr. Leopold Käffler bestellt.

— Am Dienstag stand die Redaktion der ehemaligen „Spenerischen Zeitung“ abermals vor der siebenten Kriminal-Deputation unter der Anklage der Beleidigung. Es handelte sich dabei um den seiner Zeit vielfach berühmten Vorfall auf dem Ostbahnhof bei der Ankunft des Herzogs und der Herzogin von Edinburgh, bei welchem ein Reporter genannter Zeitung vor dem Bahnhof verwiesen wurde. In den darüber in der „Spenerischen Zeitung“ gepflogenen Erörterungen erblieb der betreffende Bahnhofspolizei eine Beleidigung seiner Person in Bezug auf seinen Beruf, und auf seinen Antrag verurteilte am Dienstag die Preußische Deputation den verantwortlichen Redakteur Dr. Böhme, der für sich den Schutz des § 37 des preußischen Strafgesetzbuches beanspruchte, zu 60 Mark Geldbuße eb. 14 Tagen Gefängnis.

— Die General-Postdirektion hat ihren Beamten in Bezug derjenigen zur Einlieferung gelangenden Sendungen, bei welchen außer Kurs gesetzte Postwertzeichen verwendet werden, folgendes Verfahren vorgeschrieben: Derartige Sendungen sollen als unfrankirt angesehen, und sofern sie zur Abfertigung kommen, mit dem tarifmäßigen Porto bez. mit dem Briefporto belegt werden. Es soll jedoch für die Zeit bis zum 15. Februar 1875, soweit thunlich, darauf Rücksicht genommen werden, dem Abfertigen oder dem Adressaten den Wertbetrag der alten Freimarken z. zu erstatten, wobei die Umwandlung in Mark und Pfennige Reichsmünze mit Wegfallung eines etwaigen Bruchpfennigs zu geschehen hat. Die Vorschriften hierfür sind nachstehende: 1. Findet die Einlieferung an der Annahmestelle statt, so ist der Aufgeber zu ersuchen, ein anderes Couvert mit Marken zu verwenden. Die alten Marken sind gegen neue einzutauschen. Lehnt der Aufgeber eine andere Converierung ab, so wird die Sendung als unfrankirt behandelt. Bei Sendungen innerhalb des Reichspostgebietes jedoch kann in solchen Fällen dem Adressaten der Wertbetrag der Marken gegen Auslieferung des betreffenden Brief-Couverts auf Berliner Kosten erstattet werden. 2. Wenn dagegen die Einlieferung von Sendungen mit außer Kurs gesetzten Freimarken durch den Briefkasten erfolgt, so sollen diese Sendungen in allen Fällen als unfrankirt behandelt werden. Die Vergütung der Wertzeichen kann auch hier noch an Ausgabeort erfolgen. Vom 16. Februar ab sollen die außer Kurs gelegten Postwertzeichen, wenn solche sich noch auf Postsendungen befinden, als wertlos behandelt werden. — Die bisherige „Ober-Postkasse“ zu Berlin führt vom 1. d. M. ab den Namen „General-Postkasse“. Wer mit der Kasse irgend in Geschäfts-Verbindung steht, hat diesen Namen zu benutzen, um in kurzen Verkehr mit derselben zu gelangen.

— Breslau, 11. Januar. Das 50jährige Doctor-Jubiläum des Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Goeppert gab heute den weitesten Kreisen Veranlassung, dem Gelehrten Ehre und Bechrift zu befreien. Die „Schieß. Blg.“ berichtet auf mehr als zwei Spalten über alle die Deputationen und Orationen, die ihm dargebracht wurden. Besonders hervorzuheben ist daraus die Übergabe von 10 000 Mark seitens eines Komitee zur Gründung einer „Gesellschaft für Studirende der Naturwissenschaften und die Verleibung des Ehrenbürgerrechts seitens der Stadt Breslau. Der Kaiser hat dem Gelehrten durch den Oberpräsidenten den Kronenorden II. Klasse überreichen lassen. — Gleichzeitig beginnt, wie bereits avisirt, das Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, Kreisgerichts-Direktor Wachler, die Feier seines fünfzigjährigen Amtsjubiläums. Die liberalen Fraktionen des Reichstages haben dem trefflichen, übrigens in allen Partien des Abgeordnetenhauses wertgeschätzten Manne eine Glückwunschr. Adresse telegraphisch übermittelt, welche von mehr als 100 Abgeordneten unterschrieben worden ist. Wachler gehört zu den langjährigsten Mitgliedern des preuß. Landtages und hat zu allen Zeiten treu zur liberalen Partei gehalten. Hoffen und würschen wir, daß er derselben noch lange in voller geistiger Frische erhalten bleibt.

— Warmbrunn, 9. Januar. Dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rath und Ministerial-Direktor Dr. Kräsig, bisher zur Disposition — ist der erbetene Abschied aus dem Staatsdienst mit einem huldvollen Handschreiben des Kaisers vom 1. Januar c. ab genehmigt worden, und hat Dr. Kräsig nunmehr seine neue Stellung als Kameral-Direktor und General-Bevollmächtigter der reichsgräflichen Schaffgotschen Besitzungen in Hermisdorf definitiv angetreten.

— Kassel, 11. Jan. Bestätiglich der Überführung der Leiche des Kurfürsten liegen ferner folgende Nachrichten vor: Aus Prag vermutet man, daß sich bei der Abfahrt des Leichenzuges eine auf vor-

komm zu erlangen, für welches er auf Bitten des Ministers diese Komödie erfunden hatte. In späteren Fällen soll, beispielhaft bemerkst, die Geschicklichkeit des Geh. Kanzlisten so weit gegangen sein, daß gleichviel, ob er von oben, von unten oder aus der Mitte reichen sollte, er doch stets das Papier zu greifen wußte, für welches er interessirt war.

— Daß der Kurfürst die Anlage von industriellen Etablissements, ja selbst von Neubauten im Allgemeinen überall in seinem Lande verbünderte, darf ich als bekannt voraussehen und gebe deshalb nicht auf Spezialitäten ein. Man behauptet fest, daß er die Absicht gehabt habe, alle seit 1866 in Cassel entstandenen Neubauten bei seiner Rückkehr, die er ja bekanntlich „immer ungeduldiger“ erwartete, zu demoliren.

— Erwähnt mag noch werden, daß der Kurfürst sich oft in Angelegenheiten einmischt, die ihn gar nichts angehen. Eines Tages z. B. wird der dirigirende Arzt der Charité zum Kurfürsten befohlen. Eine solche Einladung pflegte bei allen Staatsdienern, die von ihr betroffen wurden, große Besitzirung hervorzurufen, da nicht viel Erquickliches von ihr zu erwarten war. Nicht in sehr heiterer Stimmung folgte also der Arzt dem kurfürstlichen Ruf, und es wurde denn auch gleich ein Waschsalon voll Vorwürfen über ihn ausgegoßen. Weshalb? Der Inhalt der zornigen Fluth war die Frage, „wie er sich unterfangen könne, so vielen Leuten Arme und Beine abschneiden!“ Der pflichttreue und sich der allgemeinen Achtung erfreuende Arzt gab sich alle erdenkliche Mühe, nachzuweisen, daß Amputationen nur nach gewisserbstestem Prüfung, nur dann vorgenommen würden, wenn der Arzt sie auch an sich machen lassen würde. Doch je eindringlicher seine Darstellungen wurden, desto wütender wurde der Kurfürst, der jeden Satz mit dem Refrain schloß: „ich aber Schneider nicht mehr haben will!“ Der Arzt endlich dem Arzt die Geduld. „Nun,“ rief er aus, „wenn Königl. Hoheit befiehlt, daß auf der Charité nicht mehr amputirt werden soll, dann bitte ich mir auch zu sagen, ob die zerquetschten Glieder abzulaufen, die Verunglückten sich zu verbluten haben, oder was sonst geschehen soll?“ — „Ich nur Spaß gemacht habe“, war nach einer peinlichen, minutengenauen Pause die völlig unerwartete Antwort des Regenten. Der dieser Szene bewohnende Flügeladjutant

zentlich große Menge versammelt hatte, jedoch nur aus Neugierde, „nicht um Tortur zu begegnen“, wie man denn auch die Hütte nicht gelüftet habe. Das grösste Interesse haben die den Leichenwagen siegenden 8 Isabellenpferde erregt, welche, wie man sich erzählt, nachdem sie diesen letzten Dienst geleistet, alsbald in Kassel erstickt werden sollen. Morgen früh kurz nach 7 Uhr sollte der die Leiche führende Extrajug Eisenach passieren. Auf dortigem Bahnhofe sollte sich der Zug so heben, daß die erste Hälfte mit der Leiche sofort weiter fährt, die zweite Hälfte aber zwei Stunden später folgt. Die letztere wird u. A. Mitglieder der Familie des Landgrafen von Philippsthal aufnehmen. Dieselben wollten in Eisenach den Sarg bekränzen lassen und auf ihrem Schlosse zu Herleshausen die Trauerflagge aufschlagen. Vor der Haltestelle Herleshausen betrifft der Zug das ehemals kurfürstliche Gebiet. — Was den Leichenwagen betrifft, so hatte der Kurfürst gewünscht, daß derselbe benutzt werde, auf welchem sein Vater zu Grabe gefahren wurde. Da dieser aber in der Zwischenzeit in Kassel verkauft worden ist, so wurde in Eile ein mässig gleicher gebaut. Als Ort der Bestattung wird nun doch das Mausoleum auf dem alten Friedhof angegeben, wo des Verstorbenen Mutter und Schwester Karoline ruhen.

Mitg. 7. Januar. [Ein Rundschreiben des hiesigen Bischofs] Wie man sich erinnert, waren s. B. Fälle, in denen lothringsche Geistliche wegen Vergeben gegen den befanten Kanzeleiprägrafen vor Gericht gezogen wurden, ziemlich häufig. Seit einiger Zeit macht sich jedoch eine Schwierung in der Haltung des Clerus, namentlich auch in den Städten, bemerklich. Diese ist, wie dem „Schwäb. Merl.“ geschildert wird, zurückzuführen auf ein vertrauliches Circular des hiesigen Bischofs, in welchem letzterer seinen Untergebenen den Rath ertheilt, sich in ihren Ausdrücken zu mäßigen, überhaupt alles zu schroffe Auftreten soweit zu vermeiden, als die Interessen der Kirche es gestatten. Die Haltung des Herrn Dupont des Loges als eine deutschfreundliche bezeichnen zu wollen — schreibt man dem Stuttgarter Blatt — wäre übrigens ganz verfehlt, da derselbe bis jetzt jede Annäherung an die deutschen Behörden oder auch nur den Schein einer solchen mit peinlicher Sorgfalt zu vermeiden gesucht hat. Mit seinem selber beobachteten System ist es ihm bis jetzt gelungen, jeden ernstlichen Konflikt mit den Staatsbehörden, denen er u. A. auch die Neubefestigung von Pfarrstellen angezeigt, zu vermeiden. Da dabei sowohl er und die bischöflichen Lehranstalten, als auch die kirchlichen Interessen der Diözese sich am besten befinden, wird er voraussichtlich seinem System bis auf Weiteres treu bleiben.

Frankreich.

Paris, 10. Januar. Die „Union“ giebt der Regierung zu verstehen, daß, wenn die konstitutionellen Gesetze zur Verhandlung in der Nationalversammlung kommen, auch die Gewalt des Marschalls überhaupt in die Debatte gezogen und der Antrag auf eine definitive Regierung gestellt werden dürfte; bei den bevorstehenden parlamentarischen Wirren werde das Ansehen Mac Mahon's geschwächt und die Nationalversammlung zu noch tieferen Berücksichtigungen gebracht werden. Die Rechte aber, sagt die „Union“ hinzu, sei bereit, den Marschall zu unterstützen und sie sei die wahre und nothwendige Stütze seiner Macht; als Bedingung aber fordere sie: Beseitigung der konstitutionellen Gesetze und Anerkennung des Rechtes, welches die Nationalversammlung habe, um über die definitive Regierung Frankreichs Beschluss zu fassen. Aber um den Preis einer solchen Stütze würde Mac Mahon sich seines Rechtes begeben, bis 1880 nicht beseitigt werden zu können; die Legitimisten würden bei erster guter Gelegenheit die Monarchie von Gottes Gnaden als definitive Regierung proklamieren, und der Bürgerkrieg wäre da. „Soleil“ schlägt als Auskunftsmitte „ein Ministerium aller Talente“ vor; wie schlau! Sollte in der jetzigen Nationalversammlung und im Elysée wirklich ein ganzes Halbes Dutzend staatsmännischer Talente aufzutreiben sein? Und wenn, sollten sie sich verständigen können, nach einer Richtung vorzugehen? Das „Univers“ wiederholt heute das Wort des Marquis Castellane: die jetzige Situation sei eine Pfütze. Der „Moniteur“, der von der Nationalversammlung gesagt, sie sei zum Anelein, rechtfertigt heute seinen Ausspruch gegen einen Angriff des „Ordre“, der diese Sprache eines offiziösen Blattes denn doch etwas stark fand. „Sie ist zum Anklein!“ wiederholt der „Moniteur“.

Spanien.

Madrid, 9. Jan. Das neulich erwähnte Telegramm des neuen Königs an den Ministerpräsidenten lautet:

Paris, 5. Jan., 340 Nachmittags. Sr. Excellenz Sr. D. Antonio Canovas del Castillo. Ew. Excellenz, der ich am 23. August 1873 meine Vollmachten anvertraute, teilt mir mit, daß ich durch das tapfere Heer und das heldenmuthige spanische Volk einmuthig zur Besteigung des Thrones meiner Vorfahren berufen worden bin. Niemand kann wie Ew. Excellenz, deren großen Verdiensten ich so viel schulde und verdanke, wie gleichfalls dem Regierungskabinett-Ministerium, welches Sie kraft der Ihnen übertragenen und heute von mir bestätigten Befugnisse gebildet haben, meinen Gefühlen des Dankes und der

begünstigte den Arzt kurz darauf wegen seiner „noch nicht dagewesenen Kühnheit“, denn dieser allein habe er den glücklichen Ausgang der Audienz zu danken. Der Kurfürst sei, so erzählt der Adjutant weiter, mehrmals in den letzten Tagen von Krüppeln angebettelt worden, die zufälliger Weise alle auf Fragen erklärt hatten, daß sie auf der Charité amputiert worden seien. Der Kurfürst habe von diesem Moment an fortwährend auf den Arzt geschimpft und diesen endlich zu sich befohlen, um seine Wuth an ihm auszulassen.

Sein persönlicher Muth ist oft bezweifelt worden. Ich kann in dieser Hinsicht folgendes verbürgen. Als die „Strafbahnen“ Cassel „beraubt“ hatten und der Kurfürst wieder einzehen wollte, wurde auf der Meile vorhin der dienstuende Leibarzt S., der den Zug begleitete, fast auf jeder Station zum Kurfürsten gerufen, da der Kurfürst sich sehr unwohl fühlte und wie Espenlaub zitterte. S. konnte dem hohen Herrn nichts weiter ordnen, als Selters- oder Buckerwasser; denn es war keine Krenheit, sondern Furcht, die das Gebein des rückkehrenden Landesvaters schüttelte. — Ein anderes Mal zeigte er sich nicht mutiger. Eine Anzahl casseler Bürger hatte einem mißliebigen General eine Rahmenmusik gebracht und die Gardes du Corps traktirten die Musikanter mit Säbelhieben. Darüber entstand unter der Bürgerschaft gewaltige Aufruhr; die Straßen füllten sich mit Dröhnen, man belagerte die Gardes du Corps-Kaserne und der Lärm wurde so arg, daß der Kurfürst sofort die Auflösung und Entfernung der zwei Schwadronen Gardes du Corps bewilligte, ja sogar aus freien Stücken die Standarte des Corps zerschnitt. Dabei fragte er jede Minute die Palaien: „Sie kommen doch noch nicht? — er meinte die Bürger und lief voller Angst in sein Palais von einer Stube zur andern. Als er später sich wieder sicher fühlte, stellte er das Corps wieder her und bevorzugte namentlich diejenigen Offiziere, welche damals das Einhauen veranlaßt hatten.

Eine legte Anekdote mag den Schluss bilde. Sie zeigt den Verstorbenen, der bekanntlich sehr reich war, von einer neuen Seite. Wenn er mit einem seiner Adjutanten spazieren ging, so hatte er eine Anzahl von Achtgroschenstückchen in der Tasche; Bettler oder Bedürfti-

gen, die ihm begegneten, gab er dann eines dieser Achtgroschenstückchen, aber nicht mehr. Einmal vergriff er sich und gab einem Bettler einen Friedrichsdor. Schon nach einigen Minuten bemerkte er den Irrthum und befahl seinem Adjutanten, hinter dem Bettler herzulaufen und diesem den Friedrichsdor abzunehmen. Der Adjutant folgte schleunigst dem Befehl, rief aber, so bald er außer Hörweite des Kurfürsten war, dem Bettler energisch zu: „Mach, daß du fortkommst, schnell! Sonst nimmt Dir der Kurfürst den Friedrichsdor wieder ab.“ — Der Strolch verstand, schlug sich seitwärts in die Büsche und entkam glücklich mit seiner unverhofften Beute.

Ein neuer Vorwurf für Postsendichter.

Außerste Kürze des Ausdrucks, ohne der Eindeutigkeit des Gedankens Abbruch zu thun, ist das höchste Ziel des Depeschenstils. Die Unterlassung der ersten Forderung kann höchstens 5 Sar. kosten, wenn der Absender einige Worte zu viel macht, aber ein Briefstück gegen das zweite Requisit kommt oft vieltheurer zu stehen. Nicht immer nimmt ein dadurch erzeugtes Missverständnis einen so heiteren Ausgang, wie in der folgenden Geschichte, welche uns aus der Provinz berichtet wird. Der Posthalter X. in W. erhielt eines Tages ein Telegramm, worin ein Herr Y. angezeigt, daß er mit dem nächsten Eisenbahntage in W. eintreffen werde und ersuchte, „um 4 Uhr 23 Wagen oder Schlitzen“ nach dem Bahnhof befußt Weiterreise nach O. zu senden. Dreizehnwändig Wagen oder Schlitzen sind etwas viel, aber bei O. besitzt ein reicher Fürst ein Schloß und große Ländereien, Herr Y. ist gewiß einer seiner Beamten und so muß man versuchen, das Verlangen zu erfüllen, denkt der Posthalter und sagt in größter Hoff, denn die Zeit drängt, seine ganze Umgebung in Bewegung, die verlangten Geippanne zu beschaffen. Ein Fürst verfügt über so manche Gnaden und Gaben und ist daher in der Lage, großen Diensteiter zu belohnen, denkt unser Posthalter. Aber trotz aller Angst und Mühe gelingt es nur 10 Geippanne aufzutreiben, mit diesen eilt er, angehant mit dem leichtfamigen Frack und die Hände in weiße Glaces gehüllt, — denn einen Fürsten darf man nicht wie den ersten besten Passagier empfangen, denkt unser Posthalter, — zum Bahnhofe, um sich persönlich bei Sr. Durchlaucht unterkünftig zu entschuldigen, daß es ihm nicht gelungen, den hohen Aufträge vollständig nachzukommen. Auch eine Anzahl Neugieriger des Städtchens hatten sich auf dem Bahnhofe ein-

boli, in welchem der alte Freischärler die von der Deputirtenkammer votierte National-Dotation ablehnt, hat folgenden Wortlaut:

Caprera, 25. Dezember 1874.

Mein lieber Niboli! Ich bitte Sie, folgende Zeilen veröffentlichen zu lassen: Noch bevor ich nachstehenden Brief an meinen ehrenwerten Freund Mancini richtete, teilte ich denselben meinen Entschluß mit, ein Nationalgeschenk oder vielmehr die Dotation, welche unsere Freunde dem Parlament vorschlagen wollten, nicht anzunehmen. Die Gründe für diesen meinen Entschluß liegen in dem beläugenswerthen Zustand unserer Finanzen. Da meine Freunde indessen von ihrem edelmüthigen Vorhaben nicht abstanden, so schrieb ich am 10. Dezember, wie folgt: Mein lieber Mancini, ich verehre mit achtsamer Dankbarkeit die Gefühle der Nation — und ich würde jedes Nationalgeschenk angenommen haben, wenn die Verleihung desselben nicht durch die Hände einer Regierung gehen müßte, der ich die Schuld für die Leiden des Landes beilege, und deren Mischuldiger ich niemals sein will. — Trotzdem bin ich nicht weniger erkennlich gegen Sie und unsere Freunde. Auf ewig der Ihrige Garibaldi.

Ich las soeben in den Zeitungen, daß der Entschluß des Parlaments eine vollendete Thatsache geworden ist. Ich betrachte denselben als die schönste Ehrenbezeigung und Belohnung für das Wenige, was ich in Erfüllung meiner Pflicht für das Vaterland gethan habe. Es thut mir leid, aus d. n angegebenen Gründen auf meinem Entschluß bestehen zu müssen, dieses Geschenk nicht anzunehmen. Meine achtungsvolle Dankbarkeit aber bleibt dieselbe gegen jene hohe Nationalversammlung, von der wir Alle eine Besserung der Lage Italiens erwarten. Stets der Ihrige Garibaldi.

Die „Opinione“ bemerkt zu diesem Schreiben, daß die Regierung bei der dem General Garibaldi bewilligten Nationaldotation gar nicht in Betracht kommen könne, da der betreffende Antrag der parlamentarischen Initiative seine Entstehung verdanke und die Dotation dem General im Namen der Nation und nicht in demjenigen einer bestimmten Partei angeboten worden sei.

Parlamentarische Nachrichten.

* In der letzten Sitzung der Petitionscommisston kamen die sehr zahlreichen Petitionen der Gewerbetreibenden zur Verhandlung. Die meisten (nach den Mittheilungen des Referenten gegen 250 Petitionen, ausgegangen von 450 Innungen und 1271 Einzelnen für über 40 000 selbständige Gewerbetreibende aus allen Theilen des Reichs) wiederholen die schon in den letzten Jahren geltend gemachten Forderungen auf Abänderung der Gewerbeordnung namentlich mit Bezug auf das Lehrlingswesen, Hilfsklassen, Schiedsgerichte und Vertragsverhältnis. Es wurde nicht bestritten, daß diese so starke Beweise in einem großen und wichtigen Theile des Volkes auf schwere Schäden hinweisen, die der Fürsorge der Regierung und Gesetzgebung bedürftig seien; obgleich auch eine große Anzahl von Petitionen aus der Kreisen der Arbeitnehmer gegen jede Veränderung der gegenwärtigen Gewerbeordnung protestirt. Zweifel wurden dabei ausgesprochen, ob die Gesetzgebung im Stande sein würde, die keineswegs bloss aus materiellen Gründen erklärende Unzufriedenheit und theilweise Notlage der Gewerbetreibenden zu verbessern. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Unmut sich keineswegs auf die sich beschwerenden Klassen der Bevölkerung beschränke. Ein rühmlicher Versuch scheint vorzugsweise in Hamburg gemacht zu werden, durch eine Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassende Genossenschaft den Schäden abzuheben. Der Regierungskommissar Niebergard erklärt, wie auch schon der Präsident Delbrück auf die Akermannsche Interpellation im Reichstage am 12. Dezember v. J. geäußert hat, daß man vom Reichskanzleramt mit Bezug auf die in den Petitionen berührten Verhältnisse der Gewerbeordnung und auch mit Rücksicht auf noch andere Punkte, z. B. Frauen- und Kinderarbeit, sorgfältige Ermittelungen in allen Bundesstaaten veranlaßte, die sich in ihren Konsequenzen vielleicht auf die halbe Bevölkerung erstrecken. Gegenwärtig sei die Regierung zur Vorlage von Gesetzen noch nicht im Stande. Auf die Erklärung des Kommissars hin machte sich die Ansicht geltend, daß man die Petitionen gar nicht in den Reichstag bringen dürfe, da die Meinungen noch zu wenig geklärt seien und die Regierung schon in zweckmäßigster Weise vorbereitungen treffe; doch wurde mit überwiegender Majorität der Antrag der Referenten (Strickmann, Dabringhaus und Mayer-Donauroth) angenommen, die ganze Masse der Petitionen der Regierung als Material zu überweisen und dieselbe aufzufordern, womöglich schon bis zur nächsten Session das Resultat ihrer Ermittelungen dem Reichstag vorzulegen.

* Die Bank-Kommission des Reichstages hat sich gestern Abend über drei Punkte des § 44 des Bankgesetzes schlüssig gemacht. Mit ziemlich erheblicher Majorität wurde beschlossen, daß jede Privat-Notenbank bis zum 1. Januar 1876 folgende Voraussetzungen erfüllen soll: 1) Die Bank darf ihre Betriebsmittel nur in den im Gesetz bezeichneten Geschäften, und zwar höchstens bis zur Höhe der Hälfte des Grundkapitals der Bank und der Reserven, anlegen. Sie hat jährlich den Prozentsatz öffentlich bekannt zu machen, zu welchem sie disponirt oder zinsbare Darlehen gewährt; sie hat ferner den Stand von Aktiva und Passiva vom 8., 15., 22. und Letzten jeden Monats aufzu stellen und spätestens an dem darauf folgenden fünften Tage auf die

gefunden, um den Fürsten und sein wahrscheinlich vornehmes Gefolge anzustauen, der 23 Wagen zur Reise brauche. Endlich brauste der Zug heran, und der Posthalter fand sogleich Herrn Y., worauf sich folgende Lustspielszene entwickelte. Der sacerdotalen Posthalter stammelte Entschuldigungen, daß er nicht mehr als 10 Geippanne zur Stelle schaffen konnte. Langes Gesicht des Herrn Y., welcher endlich in die Worte aubrach: „Ich habe schon an einem Geippanne genug.“ Langes Gesicht des Posthalters. „Aber hier ist ja Ihr deputirter Auftrag.“ Richtig. „Wer das soll ja bekennt um 4 Uhr 23 Minuten, das Wort Minuten ist als selbstverständlich weggelassen.“ Noch längeres Gesicht des Posthalters, und homörische Heiterkeit des Publikums. In welcher Weise die Ausgleichung zwischen den Beteiligten erfolgte, verschweigt unser Gewässermann, nur soviel berichtet er noch, daß der Baudouïn die Rosselenster durch ein nobles „Trinkgeld“ für ihre Mühe entschädigte. (n)

* Der Ursprung des Wortes „Post.“ Die durch den General-Post-Direktor Stephan festgesetzten Verdeutschungen auf dem Sprachgebiete des Postwesens veranlassen häufig die Frage nach der Abstammung des Wortes „Post“. Wir glauben daher im Interesse unserer Leser zu handeln, wenn wir die zuverlässigen Ermittelungen hierüber, wie sie F. L. Weigand in dem fürstlich erschienenen 3. Halbbande seines gediegenen „Deutschen Wörterbuchs“ giebt, in Nachfolgendem zum Abdruck bringen: „Post“ vor 1500 noch in keinem Wörterverzeichnisse, aber 1537 bei Dasypodium 395d in Postolt und Postroß, ebenso 1539 bei Serranus dictionar. Bl. cc 1a schon ganz gebräuchig. Aus ital. die posta, franz. die poste, span. und portug. die posta, mittellat. die posta in dem Sinne von lat. die statio, Standort, später Poststandort, Ort des Wechsels der Postfahrzeuge. Dieses mittellat. posta aber ist Kürzung aus posita, dem Fem. von lat. positus, und die Benennung wegen der zur Beförderung und Weiterbeförderung an bestimmten Standorten aufgestellten Pferde, wie nach einem Bilde aus der Zeit der italienischen Händel Kaiser Friedrichs III., unter dem Kaiser Maximilian I. in Deutschland und schon 1464 unter König Ludwig II. in Frankreich die Einrichtung getroffen wurde.“

im Gesetz vorgeschriebene Weise zu veröffentlichen. 2) Die Bank legt von dem jährlich über das Jahr von $4\frac{1}{2}$ p.C. des Grundkapitals hinaus ergebenden Reingewinn sich jährlich mindestens 20 p.C. so lange zur Ansammlung eines Reservefonds vorlässt, als der letztere nicht ein Drittel des Grundkapitals beträgt. 3) Die Bank verpflichtet sich, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mind. stets ein Drittel in kürzestmöglichen deutschen Gelde, Reichstagscheinen oder in Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund sein zu 1391 Mark gerechnet, und den Rest in diskontierten Wechseln, welche eine Fälligkeit von höchstens drei Monaten haben und aus welchen in der Regel drei, mindestens aber zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften, in ihren Kassen als Deckung bereit zu halten. — Die von Bamberg erhobenen Einwendungen wurden fast durchgehends mit 14 gegen 7 Stimmen abgewiesen.

Tagesübersicht.

Posen, 13. Januar.

In der heutigen Sitzung des Reichstags kam allerdings ein polnischer Antrag auf die Tagesordnung, aber der Parlamentsbericht hat offenbar den Antrag Taczanowski mit dem Antrag Parciewski's, auf Verschiebung des Verfahrens gegen den Abgeordneten Domirski verwechselt. Den Hauptteil der Sitzung füllte die Debatte über das Bündnisgebot, an welcher sich hervorragend Vertreter Baierns beteiligten. Die Generaldebatte eröffnete der Führer der bairischen Patrioten Abg. Jörg mit der Behauptung, daß die Überschrift des Gesetzes eigentlich lauten müsse „Einführung der obligatorischen Zivilehe in Bayern.“ Der Redner suchte nachzuweisen, daß das Rechtsbewußtsein des bairischen Volkes sich gegen die neue Einrichtung sträube, und daß die Kammer bisher einen ähnlichen Versuch wie der, den man jetzt mit Hilfe des Reichstages mache, die Zivilehe in Bayern einzuschmuggeln, zurückgewiesen habe. Nach seiner Ansicht hätte das Gesetz überhaupt nicht ohne Zustimmung des bairischen Landtags eingebrochen werden können, da das Eherecht in Bayern ein verfassungsmäßiges Reservatrecht sei. Wie dasselbe von den bairischen Vertretern ohne Weiteres preisgegeben werden könne, sei ihm unverständlich. Es scheint ein allgemeiner „Ausverkauf“ der Perlen, welche die Krone des Landesfürsten schmücken eingetreten zu sein. Mit dem Brechen von Verträgen nehme man es jedenfalls seit einiger Zeit sehr leicht. — Die Schlussbemerkung hörte der Redner mit einem Ordnungsrufe des Präsidenten, worauf der Abg. Bölk ihn widerlegte und insbesondere den Nachweis führte, daß die Ehegesetzgebung in Bayern nicht zu den verfassungsmäßigen Reservatrechten gehöre. Der Redner illustrierte die Notwendigkeit der Zivilehe in Bayern in einer Reihe von Beispielen und verbreitete sich ausführlich über die Verfassungs- und Konkordatsfrage. Was den Kronbestand der einzelnen Staaten anlangt, so sei derselbe unter dem Schirm des deutschen Reichs in seinen Perlen und Juwelen jedenfalls sicherer gestellt als zur Zeit des seligen deutschen Bundes. Der Abg. Stumm äußerte Bedenken gegen die Bestimmungen des Entwurfs bezüglich der väterlichen Einwilligung, während Abg. Schröder die Vorschrift bemängelte, daß Geistlichen das Amt eines Standesbeamten nicht übertragen werden dürfe. Der bairische Justizminister Dr. Häusle wies darauf den Vorwurf der Verlezung von Reservatrechten mit Entschiedenheit zurück, da bestmöglich der Gerichtshof in Ehesachen durch das vorliegende Gesetz durchaus nichts geändert werde. In die heutige Zeit der Glaubens- und Gewissensfreiheit passe der jetzige Zustand der Ehegesetzgebung nicht mehr hinein. Der Abg. Löwe (Calbe) erklärte das Gesetz für eine Täuschung des Reichs gegen seine Bürger und äußerte sich gegen die Überweisung desselben an eine Kommission. Ein diesbezüglicher Antrag wurde gegen die Stimmen des Zentrums und einzelner Konservativen abgelehnt und wird die zweite Beratung der Vorlage am Donnerstag im Plenum stattfinden.

Mit dem Taczanowski'schen Antrag, der auch kaum ernsthaft gestellt ist, da Abgeordneten doch bekannt sein müssen, daß der deutsche Reichstag nicht die preußische Regierung auffordern kann, wird der Reichstag hoffentlich nicht sein ohnedies großes Verhandlungs-Material vergrößern. Die Versammlung arbeitet mit großer Anstrengung, trotzdem dürfte es doch zweifelhaft sein, wie unser parlamentarischer Korrespondent nachweist, daß die Sicherung der nationalliberalen BAC, der Reichstag werde „jedenfalls vor Ende dieses Monats“ nach Hause gehen, Bestätigung finden wird.

Die Fraktion der Linken im ersten Theatersaal macht der Regierung neue Schwierigkeiten. Und zwar ziemlich zwecklose. Um die Ministerkrise zu verlängern und somit die erhöhte Unsicherheit der gegenwärtigen Situation noch zu vergrößern, wollen die Mitglieder der genannten Fraktion für die zweite Lösung der konstitutionellen Gesetze stimmen. Es handelt sich hier natürlich nur um prinzipielle Opposition, denn es wird Niemand daran zweifeln, daß damit an dem Schicksal der Gesetzestürze — nämlich deren Ablehnung — nicht das Mindeste geändert wird.

Capitän Beplin vom „Gustav“ hat nach San Sebastian berichtet, die Carlisten hätten ihm die ganze Ladung abgenommen und ihm die Erlaubnis verweigert, sein eigenes Inventar zu verkaufen. Er befürchtet, daß die Ladung von den Carlisten als gute Prise erklärt wird. Täglich werden ihm die einzelnen Theile seines Inventars geschlossen, trotz — oder vielleicht wegen — der karlistischen Wache, die dabei aufgestellt ist. Wenn er gegen diesen Diebstahl protestiere, werde er einfach ausgelöscht. Vor einiger Zeit erwähnten wir einmal, daß ein deutsch sprechender karlistischer Offizier die Leute durchaus zwingen wollte, ein Schriftstück zu unterzeichnen, nach welchem die Carlisten nicht auf den „Gustav“ geschossen hätten und daß die Seelenleute, um endlich nach 14-tägiger Gefangenschaft in Barau zu freikommen, ein in spanischer Sprache abgeschriebenes Dokument unterschrieben haben, in welchem nichts von der Beschiebung erwähnt, dagegen die Erklärung abgegeben sein soll, daß unsere Landsleute sich nicht über die Carlisten seit ihrem Eintreffen in Barau zu beklagen gehabt hätten. Das „Cartel Real“ erklärt darauf hin alle Berichte über das Schicksal der Mannschaft des „Gustav“ für Lügen und erklärt sich bereit, durch eine Urkunde, welche von sämtlichen Seelenleuten des „Gustav“ unterzeichnet ist, zu beweisen, daß diese Leute mit den Carlisten durchaus zufrieden gewesen seien. Wohlweislich hütet sich das Blatt, zu erwähnen, auf welche Weise unseren Landsleuten die Unterschrift dieser Erklärung abgepreßt ist, ja es behauptet sogar, die Leute hätten freiwillig unterzeichnet. Nun, man hat ihnen ja nicht die Feder in die Hand gedrückt und sie durch Marten und Torturen zur Unterschrift gezwungen, also ist dieselbe freiwillig vollzogen worden, Gefangenschaft bei guter Kost ist ja nach der logischen Lehre dieser Jesuiten kein Zwang. Capitän Beplin gedenkt auch in diesen Tagen mit seinem Steuermann Barau zu verlassen und es ist wohl zu hoffen, daß die Carlisten die beiden Seelenleute ruhig abziehen lassen werden. Der Kar-

listen ist überzeugt, daß die Ladung in diesen Tagen durch den karlistischen Alcalde in Barau verkauft wird, dann hat er ja nichts mehr dort zu tun, das Schiff istrettungslos verloren.

Ein Korrespondent der „Nat. Stg.“ schreibt unterm 10. d. M. von der spanisch-französischen Grenze:

„Trotz der Proklamation Alfonso's XII. zum Könige von Spanien hat man hier doch nicht das Schicksal des „Gustav“ vergessen. Jeder, auch der Nichtdeutsche hofft, daß unsere Regierung die Gelegenheit benutzt, um ein Exempel zu statuiren. Die ganze spanische Presse spricht sich in diesem Sinne aus, wie auch die französische an der spanischen Grenze. Viele werden ungeduldig und verlangen Unmögliches von der Regierung. Nach ihrer Meinung hätte schon ein Geschwader hier sein müssen, welches die 100 Carlisten aus Barau beraustriebe und diesen oder einen anderen Küstendorf (der im Besitz der Carlisten ist) so lange besetze, bis Se. Allerchristlichste Majestät Carlos VII. sich endlich bereit finde ließe, die gestohlenen Güter herauszugeben und die Schiffseigentümner zu entschädigen. Diese Ansicht ist sehr verbreitet, es besteht eben eine solche Empörung über diesen Alt der Grausamkeit und Gemeinheit, daß selbst ruhige Leute nicht ruhig überlegen, daß die deutsche Regierung jedenfalls auf dem geeigneten Wege in der energetischen Weise Schritte thun wird, um die Reichsbangehörigen zu entschädigen und die Caristen zur Rechenschaft zu ziehen.“

Aus Spanien liegen Nachrichten von Belang nicht vor. Alfons XII. wird erst morgen (Donnerstag, 14. d. M.) seinen Einzug in der spanischen Capitale halten. Interessant ist der Bericht über eine Unterredung, welche der Madrider Richterstatler des „Tempo“ mit dem Präsidenten Castelar bezüglich der neuen Wandlung der Dinge in Spanien gehabt. Der Korrespondent fand Castelar ganz konsternirt von dem Pronunciamiento. Dann soll sich letzterer ungefähr folgendermaßen ausgedrückt haben:

Ich habe mich getäuscht, ich habe mich einer Täuschung hingegeben, als ich glaubte, das spanische Volk könnte beurtheilt werden, wie die anderen europäischen Völker. Es ist ganz voll von maurischem Blut; es ist ein semitisches Volk! Es wird niemals unsere politischen Feindseligkeiten und Unterscheidungen begreifen. Es ist intranstaent. Gott ist Gott und Mabomet ist sein Prophet. Alle seine Meinungen sind absolut wie dieser Grundfrosch einer fanatischen Religion. Es ist intranstant. Meine Politik ist von den Intransigenten der Linken besiegt worden; das mußte so kommen; die Race bringt es mit sich. Und ebenso wird die Politik des Herrn Canovas del Castillo von den Intransigenten der Rechten besiegt werden; das steht geschrieben. Er ist geschickt, ehrlich, liberal und von festem Willen, aber er wird von der Reaction geschlagen, erdrückt, vernichtet werden. Und das wird nicht eine Reaction sein, wie man sie in anderen Ländern sieht, sondern eine spanische Reaction, eine rabische Reaction und diese wird von Neuem die Cantonalisten ans Ruder bringen, und man wird immer wieder von vorn anzufangen haben.

Zu erwähnen ist noch, daß Castelar, um die alfonistische Restauration nicht weiter ansehen zu müssen, ins Ausland geht. Man nennt als sein künftiges Domizil einen deutschen Badeort. Allerdings ist das bis jetzt nur Gerücht.

Schlesisches und Provinzielles.

Posen, 13. Januar.

— Nach dem neuesten bekanntlich zu Anfang jeden Monats im „Kurier Poznanski“ erscheinenden Bulletin läßt das Besindes des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs nichts zu wünschen übrig. Ungemeinen Trost bereiten den erzbischöflichen Gnaden die zahlreichen zum neuen Jahre und zugleich zum Namenstage ihm zugegangenen Glückwünsche. Die Zahl der Gratulationsbriefe soll sich auf 850 und die der darauf befindlichen Unterschriften auf 10.000 belaufen haben. Der Kreisgerichtsdirektor hat alle diese Schriften dem Gefangenen „mit der größten Pünktlichkeit“ einhändig lassen.

r. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurden die neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten eingeführt und verpflichtet. Zum Vorsitzenden wurde Justizrat Bilek, zu dessen Stellvertreter Kommerzienrat V. Jaffé wiedergewählt. Von 36 Mitgliedern waren 31 anwesend.

— Die Arbeiten in der Kanzlei des bietigen unter der Verwaltung des königl. Kommissarius Hrn. v. Massenbach stehenden Konistoriums haben sich deutlich gehäuft, daß zur Bevollmächtigung derselben drei neue Kanzleisthemen angenommen worden sind. Früher reichte ein Kanzelist und ein Expedient aus.

r. In der polytechnischen Gesellschaft wurden am Sonnabend Vortrachten über Ventilationsvorrichtungen in hiesigen neu errichteten Sälen und Lokalen gemacht und dabei anerkannt, daß man auch hier auf Ventilation Wert zu legen beginnt. Es stellt sich dabei als unbedingt nothwendig heraus, nicht bloß für den Abzug der verdorbenen, sondern auch ebenso für die Zuführung der frischen Luft Sorge zu tragen. Letzteres ist mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft, da vornehmlich im Winter die kalte einströmende Luft für die im Lokale Anwesenden unangenehm und sogar oft schädlich ist. Die Deffnungen zum Aufführen der verdorbenen Luft werden nahe der Decke angebracht und mit Kanälen, welche durch angenzende Schornsteine erwärmt werden, in Verbindung gesetzt, um dadurch guten Lustzug zu erzielen. In einem bietigen Saale, wo gegenüber derartigen Abzugöffnungen über den Fenstern Deffnungen zum Eintritt der frischen Luft angebracht sind, ist die Ventilation eine gute; in einem anderen Lokale dagegen, wo die Abzugöffnungen nicht mit erwärmten Kanälen neben den Schornsteinen in Verbindung stehen, ist die Ventilation mangelhaft. Im Bismarck Tunnel ist über jeder Gewölbeloppe eine Abzugöffnung, die mit Kanälen neben den Schornsteinen in Verbindung steht; wenn trotzdem die Ventilation viel zu wünschen läßt, so mag dies wohl dem Umstande zuwiderzu sein, daß bei der Souterrainlage des Tunnels die Zuführung der frischen Luft eine unvollkommene ist. Beim Lambert'schen neuen Saalbau steht die Ventilation mit der Warmluft-Heizung in Verbindung. Die frische Luft erwärmt sich an den eisernen Heizbrettern und wird aus dem Souterrain durch Kanäle in den großen Konzertsaal, in den kleinen Nebensaal und in das Restaurationslokal unter dem Konzertsaale geleitet. Die durch die verschließbaren Ausströmungsöffnungen eintretende erwärmede frische Luft treibt die verdorbenen Luft vor sich her, die im Konzertsaale durch sechs große Deffnungen an der Decke, in den beiden anderen Räumen durch Deffnungen in den Wänden, nahe der Decke, ihren Ausweg findet. Die Ventilation ist nun nach einer guten, wenn nämlich die Abzugöffnungen an der Decke offen gehalten werden, erforderlich jedoch andauernde Heizung, da sonst die Räume rasch kalt werden. Aufgrund auf diese Mittheilungen wurde die Ventilationsfrage im Allgemeinen erörtert und die Scharath'sche Vorenthalterung mit Motoren zum Hineintrichten der frischen, entweder durch Eis abgeschafften oder erwärmeden Luft als die vorzüglichste, wenn auch kostspieligste hinstellte. — Es wurde ferner die Angelegenheit des Baues der neuen Wallstraße besprochen. Die Brücke soll eine derartige Richtung erhalten, daß sie direkt in die Wallische einmündet, während die alte Brücke in der direkten Verlängerung der Breitenstraße auf das Große Grundstück einmündet. Ob die Brücke nur eine, oder zwei Deffnungen erhalten wird, ist noch unentschieden. Da die Brücke so hoch liegen muß, daß bei dem höchsten Wasserstande (22 Fuß über dem Nullpunkt i. J. 1-55) noch immer Balken z. unter der Brücke hindurchschwimmen können, und der Bodenbelag der alten Brücke nur ca. 20 Fuß über dem Nullpunkt liegt, so wird demnach die neue Brücke ca. 5½ Fuß höher zu liegen kommen, als die alte Brücke, und

daher eine von der Wallische und Breitenstraße sonst ansteigende Rampe erforderlich werden. Falls die Brücke zwei Öffnungen erhält, wird der Mittelpfeiler wohl auf einen Pfahlrost gestellt werden. Wahrscheinlich wird die Brücke einen Granitbelag erhalten. Da der Brückenbau wohl zwei Jahre dauern wird, und die Festungsbauhördie unzählig auf so lange Zeit die Benutzung der Wallstraße und der Brücke über die große Schleuse gestalten kann, auch dieser bedeutende Umweg eine beträchtliche Störung des Verkehrs zwischen den beiden Städten auf rechtem und linkem Ufer der Warthe herbeiführen würde, so wird die Errichtung einer festen Interimsbrücke erforderlich werden, die am vorhergehenden zwischen der Uferstelle des Kommunal-Grundstückes an der Gr. Gerberstraße, auf dem sich der Steigerthurm befindet, und der Stelle der Wallische zwischen dem Neimarschen Grundstück und der bisherigen Brücke anzulegen sein dürfte.

■ Statistik der Blödsinnigen und Irren. In dem neusten Heft der Zeitschrift des Statistischen Bureaus in Berlin, herausgegeben von Dr. Engel, findet sich eine Zusammenstellung der in den Preußischen Staaten vorhandenen Geisteskranken, sowohl derer die sich in öffentlichen und Privat-Institutionen, als auch deren, die sich in den Familien befinden. Aus dieser Übersicht geht hervor, daß seit der Volkszählung am 1. Dezember 1867 bis zu der letzten Zählung im Jahre 1871 die Menge der Geisteskranken ganz erheblich zugenommen hat. So waren, um die heimatlichen Verhältnisse zunächst zu berücksichtigen, in der Provinz Posen im Jahre 1867 vorhanden: a) im Regierungsbezirk Posen 555 männliche und 487 weibliche, zusammen 1042 Irre, während sich die Zahl derselben im Jahre 1871 auf 720 männlichen und 776 weiblichen zusammen auf 1496 Irre belief. b) Im Regierungsbezirk Bromberg betrug im Jahre 1867 die Zahl der männlichen Irre 315, der weiblichen 276, zusammen 591, während im Jahre 1871 sich dieselbe auf 429 männliche und 424 weibliche, zusammen auf 853 Irre belief. Während im Jahre 1867 im Regierungsbezirk Posen auf 947 und im Regierungsbezirk Bromberg auf 932 Einwohner traf, trifft jetzt im Posenschen ein Irre auf 680 und im Bromberg'schen auf 664 Einwohner. Die Stadt Posen selbst zählt 81, die Stadt Bromberg 27 Irre. Es treffen mitin in Posen auf 690 und in Bromberg auf 1027 Personen je ein Irre. — Der Gesamtstaat Preußen zählte im Jahre 1867: 37.960, in 1871 dagegen schon 55.043 Irre, es traf mitin im ersten Jahre ein Irre auf 631, dagegen in letzterem auf 448 Einwohner. Von diesen befinden sich Ende 1871: 13.781 oder 25 Prozent in öffentlichen und Privatanstalten und 41.262 oder 75 Prozent in den Familien. — Am ungünstigsten steht im Gesamtstaat Preußen die Provinz Schleswig-Holstein, welche bei der Zählung im Jahre 1871 allein 3710 Irre aufwies, so daß dort schon ein Irre auf 268 Einwohner trifft.

■ Werthsendungen. Obwohl in neuerer Zeit wesentliche Herabsetzungen des Gildoworts eingetreten sind, kommt es noch öfter vor, daß die Absender von Gede- und Werthsendungen nicht den vollen Werth der zu versendenden Gegenstände, sondern nur einen geringeren Betrag bei der Post angeben. Ein solches Verfahren kann, abgesehen davon, daß dasselbe eine große Versuchung für diejenigen ist, welche mit solchen Sendungen Befassung haben, unter Umständen für die Absender bz. Empfänger sehr erhebliche Nachtheile herbeiführen. So hat das General Postamt einen klarlich vorgeschriebenen Fall zur öffentlichen Kenntnis gebracht, wonach der Adressat zweier Packete nach Italien, deren Inhalt aus Werthgegenständen bestand, wegen zu niedriger Werthangabe auf Verlassung der italienischen Eisenbahn-Verwaltung mit einer Strafe von 3000 Franken belegt worden ist. Bei Einlieferung von Fahrpostsendungen nach Italien muß stets der volle Werth der zu versendenden Gegenstände angegeben werden. Auch im Verkehr mit Belgien, England und Frankreich muß nach den bestehenden Verträgen der Werth der zu verlegenden Gelder stets zum vollen Betrage angegeben werden. Im Verkehr mit Russland sehen sich die Absender von Geld- und Werthsendungen sogar der Confiscation ihrer Sendungen aus, wenn der Werth nicht zum vollen Betrage angegeben ist.

■ Rawitsch. 11. Januar. On der letzten Stadtverordnetensitzung wurde zum Vorsitzenden der Versammlung Herr Dr. Schneider und zu seinem Stellvertreter Herr Justizrat Matthaei gewählt. Der bisherige Protocolsührer Kleiner wurde für das laufende Jahr beibehalten und zu seinem Stellvertreter durch Aktionation der Stadt Möllendorf gewählt. Die Bildung der einzigen Kommissionen soll erst nach der Ergänzungswahlen der Stadtverordneten, für welche auf Montag, den 25. und Dienstag, den 26. d. M. Termin angelegt ist, stattfinden. Die Vorlage des Magistrats, betreffend die Anschaffung verschiedener Apparate zur Ertheilung des Unterrichts in der Naturkunde in der Bürgerschule wie auch in den Simultan-Schulen wurde von der Versammlung angenommen und 60 Mark zu diesem Zwecke bewilligt. — Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Kündigungsgesuch des Bürgermeisters nach Landeshut gewährten Stadtraths Pfahl und beschließt mit der Beratung dieser Angelegenheit eine Kommission von fünf Mitgliedern aus der Versammlung zu betrauen, welche seiner Zeit in Betreff der Ergänzung der entstehenden Lücke Verschläge machen sollten und sich — je nach eigenem Ermess — durch Beiziehung einiger Magistratsmitglieder verstärken könnten. Es wurden zu Mitgliedern dieser Kommission gewählt: Dr. Schneider, Matthaei, Schmidt, Knoll und Dr. Behr.

■ Schröda, 11. Jan. [Zur Ausführung der Kirchengesetze.] Am 9. d. stand vor der Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts der Probst Kolany aus Kleinzehvo, angeklagt der Angeklagte bischöflichen Rechte durch Verlängerung der Amtszeit der Provisoren an seiner Kirche. Der Angeklagte war zu dem Termine erschienen und führte kurz aus, daß er bereits vor der Amtsenthebung des Erzbischofs vom Konstistorium mündlich die Erlaubnis hierzu erhalten habe, daß es übrigens ein usus ecclesiae sei, im Falle des dringenden Bedürfnisses die Amtszeit der Provisoren der Kirche zu verlängern. Diesen Ausführungen gegenüber liest der Staatsanwalt die Anklage aufrecht und beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Nach einer halbstündigen Beratung erklärte der Gerichtshof dahin, daß die Verlängerung der Amtszeit der Provisoren nicht zum rein bischöflichen Amte gehöre, da ja auch Hr. v. Massenbach, wiewohl er nicht Bischof sei, Provisoren bestätige, und sprach den Angeklagten von der Schul- und Strafe frei.

■ Bromberg, 12. Jan. [Betrügerischer Bankerott.] Oberbürgermeister Boie. Kommunales. Redoute. Unter dem Vorstege des Appellationsgerichts Rathes Hirschfeld begannen gestern die Sitzungen der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode. Der erste Fall, welcher zur Verhandlung kam, betraf eine Anklage wegen betrügerischen Bankerotts gegen den Kaufmann Adolf Luhner von hier. Derselbe hatte sich am 1. Mai pr. als Cigarrenhändler etabliert, am 15. das Geschäft aufgemacht und am 21. Juli pr. unter Anmeldung des Konkurses wieder geschlossen. Die Unterbilanz betrug über 2000 Thaler. Es wurde ihm nachgewiesen, daß er Waren bei Seite geschafft, keine ordentlichen Handlungsbücher geführt, übertriebenen Aufwand gemacht und in allen Fällen dadurch seine Gläubiger geschädigt hat. Er wurde unter Annahme mildernder Umstände, der Angeklagte zählte erst 22 Jahr, zu 2 Jahren Gefängnis verurtheilt. — Die folgende Sache, eine Anklage wegen Totschlags, endete ebenfalls mit der Verurtheilung des Angeklagten, Tagelöhners Jaworski aus Strzelno, zu 5 Jahren Buchthaus. Die gegenwärtige Schwurgerichtsperiode zeichnet sich überhaupt wieder dadurch aus, daß eine Menge Anklagesachen wegen Körperverletzung Gegenstand der Verhandlung bilden. Heute allein drei, darunter eine, welche noch nicht beendet ist, mit tödlichem Erfolge. Die Angeklagten gehören der Stadt und deren nächster Umgegend an. — Unser Oberbürgermeister Hr. Boie ist vor Fortschreibung in der Beilage.)

Nr. 31. Donnerstag.

Beklage zur Posener Zeitung.

einigen Tagen nach Berlin gereist, jedoch nicht, wie man anfänglich glaubte, zu dem sogenannten Oberbürgermeister Kongress, sondern in Angelegenheiten des Winterhafens an der Brahemündung, für die er sich ganz besonders zu interessieren scheint. Was der Herr Oberbürgermeister, der am Sonnabend wieder retourirt ist, ausgewirkt hat, ist gegenwärtig noch Geheimnis, ebenso auch, ob es bei uns bald mit den neuen Schulbauten losgehen wird, wozu die Stadt schon im Frühjahr vorigen Jahres das Geld — 400 000 Thaler — als Anleihe aufgenommen hat. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung deutete der zum Vorsitzenden wiedergewählte Professor Fehner derartiges an, indem er in seiner Neujahrsrede bemerkte, daß nun bald die gemachte Anleihe fruchtbringend werden würde, indem mit den Schulbauten in diesem Jahre begonnen werden sollte. Seit wäre es! — Die von dem Hostieranten Hegerwald im Stadttheater veranstaltete Redoute war zwar sehr besucht, hat aber wenig beiudit, wenn man der Wahrschau die Ehre geben will. Dazu kam, daß es in jener Nacht entsetzlich kalt wurde, was ebenfalls das Vergnügen beeinflußte. Um derartige Vergnügungen zu veranstalten braucht man nicht das alte Stadttheater zu nehmen, sondern da gibt es hier ganz andere Säle, oben an der Konzerthalle des Schützenhauses.

Vermischtes.

* Das Schwedische Damenquartett bei Richard Wagner. Aus Bayreuth wird berichtet: Das schwedische Damenquartett hat hier eine brillante Aufnahme gefunden. Sein Konzert fand Abends 6 Uhr statt und war überaus zahlreich besucht. Wagner, der dem Konzert beiwohnte, war entzückt von den Quartettgesängen und drückte den Damen wiederholt auf dem Podium die Hand. Nach Schluss des Konzerts hat Wagner, ihm noch zwei Quartette zu singen, welche Verlangen mit großer Freude Folge gegeben wurde. Nach dem Konzert war das Damenquartett zu R. Wagner geladen. Es schrieb denselben einige Worte zur Erinnerung in das Album, und als nach dem Abschied in seiner Halle die Damen noch ein reizendes Schlummerlied intonierten, war Wagner so hingerissen, daß er ihnen noch eine herrliche Widmung nachschrieb und zur Erinnerung sein Bild überreichte. Selbstverständlich können wir keine Garantie für diese Mitteilungen übernehmen.

* "Chrendoktor" Majunke. Bekanntlich hat Don Carlos in Oñate (Stadt von obigerühr 5000 Einw. in der Prov. Guipuzcoa) eine Universität gegründet, an welcher "katholische Wissenschaft" gelehrt werden soll. Nach dem "Cuartel Real" war es eine der ersten Thaten der neuen Universität, den ehemaligen verantwortlichen Redat-

Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 14. October 1865 wird zur Kenntnis gebracht, daß der Stempel-Distributor Kaufmann M. C. Hoffmann sein Geschäftsrat nach St. Martin Nr. 56c. verlegt hat.

Posen, den 10. Januar 1875.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Durch den Abgang eines Arztes findet ein zweiter Arzt für die hiesige, gegen 4000 Seelen zählende Stadt, sowie Umgegend eine lohnende Praxis.

Die Herren Reisefanten wollen sich gefälligst direkt an den unterzeichneten Magistrat wenden.

Schmiegel, den 12. Januar 1875.

Der Magistrat.
Sachse.

Proclama.

Bei einer am 17. October 1874 in der Wohnung des Arbeiters Jacob Bartkowial zu Główno-Dorf stattgehabten Haussuchung wurden verschiedene Sachen vorgefunden, deren ehrlicher Erwerb durch Bartkowial sehr zu bezweifeln ist. Ein Theil derselben ist bereits als gestohlen ermittelt worden. Nicht ermittelt worden sind bis jetzt die Eigentümer folgender Sachen, welche mutmaßlich gleichfalls von einem Diebstahl herrühren, nämlich:

- 1) 4 Meter gewöhnliche Leinwand,
 - 2) 6 Meter gestreifte Schürzenleinwand,
 - 3) Ein feines, rot und weiß gestreiftes Tischtuch,
 - 4) Eine Samtmantchesterjacke,
 - 5) Eine schwarze Camletjacke,
 - 6) 4 verschiedene Küchenhandtücher zum Theil mit A. gezeichnet, zum Theil mit Spuren herausgetrennter Namen,
 - 7) 2 Theile eines zerchnittenen Bettlakens,
 - 8) Ein Mannshemd, vorn mit Chemiset, gezeichnet F. E. 1.
 - 9) Ein altes kleines Taschentuch, gezeichnet F. E. 2.
 - 10) 1 Paar baumwollene Frauenstrümpfe,
 - 11) Eine alte Läuferdecke,
 - 12) Ein weißes Handtuch,
 - 13) Ein graues farbiges Wüschtuch,
 - 14) Ein neues, ungebrauchtes, leernes Bettlaken,
 - 15) 2 Paar baumwollene gewirkte Unterhosen,
 - 16) Ein geladenes altes Reiterpistol mit Ladeflöß,
 - 17) Eine cylinderförmige Kassemühle von Blech,
 - 18) 4 Stück Eisen, welche als Brechstangen gelten können,
 - 19) Ein eiserner, oben gebogener Stoß,
 - 20) Ein ganz neuer, oben gebogener Rohrstock,
 - 21) Ein zweiter stärkerer, oben gebogener Rohrstock, mit einer weißen Platte versehen,
 - 22) Ein braun seidener, schon gebrauchter Regenschirm.
- Posen, den 7. Januar 1875.

Königliches Kreisgericht, Abtheilung für Strafsachen.

In einer größeren Provinzialstadt ist eine gut assortierte Papier- nebst Buchhandlung, unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Zu erfragen durch die Exp. d. Ztg. sub J. N. Z. # 25.

Alle Diejenigen, welche Ansprüche an den Nachlaß des zu Cerekowic bei Borek verstorbenen Probstes Jaroszewski zu machen haben und ebenso Diejenigen, welche Schuldner des genannten Probstes sind, werden erucht, ihre Forderungen binnen vier Wochen präzisesten Frist bei den unterzeichneten Testamentsexekutoren anzumelden und resp. ihre Schulden bei Vermeidung der Klage an diese abzuführen.

Von Rechts Wegen.

Bekanntmachung.

Die Kassenbehörde hier selbst ist vacant und soll sofort wiederbesetzt werden. Monatl. Gehalt 60 bis 90 Mark. Bewerber wollen sich unter Vorlegung von Zeugnissen in dem Kassen-Lokal Breslauerstraße Nr. 39 melden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Bekanntmachung.

der berliner "Germania", Herrn Reichstags-Abgeordneten Ma-junko zum Ehrendoktor zu ernennen.

Briefkasten.

o. in Bromberg. Besten Dank für die Übersendung des nähr- heiteren und gelungenen "Redoute-Staats-Anzeigers" der bromberger Karneval-Gesellschaft. Bei der Redoute im Stadttheater am 9. d. ist höchstens dem "wirklichen Kriegsminister des großen Reichs" ein mächtig großer Verdienstorden zu Theil geworden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 13. Januar. Die "Provinzial-Korrespondenz" meldet, daß den an die spanische Küste zurückgekehrten Kriegsschiffen "Albatross" und "Nautilus" voraussichtlich einige andere Kriegsschiffe folgen werden. Sie schreibt über die Gewaltthat der Karlisten gegen die Brigg "Gustav": Die deutsche Regierung habe vom ersten Augenblick an der Angelegenheit die ernsthafte Beachtung gewidmet und die erforderlichen Einleitungen getroffen, um volle Genugthuung für die deutsche Flagge und Entschädigung für den beraubten Nieder zu erlangen. Sie darf hoffen, daß die jüngste Wendung der Dinge in Spanien die Erreichung des Ziels erleichtere. Das Blatt bemüht die Reichstagsession auf etwa 12 Tage nach der Eröffnung des preußischen Landtages und hält das Zustandekommen des Bankgesetzes für gesichert.

Berlin, 13. Januar. Die "Norddeutsche Ztg." bezeichnet die Meldung der Blätter, daß die Feststellung des Staatshaushaltes durch das Staatsministerium erst im Laufe der Woche erfolgen werde, als irrig, dieselbe habe bereits stattgefunden und sei vom Könige genehmigt worden. Die Vorlegung derselben könne sofort nach Konstituierung des Landtages erfolgen.

Paris, 12. Januar. Die seit gestern in Bösenkreisen verbreitete Nachricht über die Einnahme Pamplona's durch die Carlisten und

ein Pronunciamiento des Generals Moriones gegen Alfons, sind nach spanischen Meldungen, welche bis Mittag der "Ag. Sab." zugegangen, unbegründet. Die Ruhe blieb vielmehr ungestört. Die Situation ist der Regierung durchaus günstig.

Wenn irgend etwas den, von Wissenschaft und Publizismus ja längst anerkannten sanitätslichen Werth der Johanna Hoff'schen Medizinpräparate bestätigt, so ist es der Umstand, daß die vorjährige allgemeine Geschäftstrikot, von der so viele bedeutende Häuser nachhaltig besteuert wurden, speziell auf den Konsum des Hoff'schen Fabrikats keinen Einfluß ausübt, besonders was den Export anbelangt, der noch fortwährend sich steigert. Erst am 12. v. M. gingen wieder zwei Waggon-Ladungen Malz-Extrakt per Hamburger Bahn für ein amerikanisches Haus ab, dem dieser Tage ein ferner Abschluß auf Lieferung von 100.000 Fl. folgte. Ebenso gewinnen die beiden jüngsten Geschäftserrichtungen in Petersburg und Moskau, welche bekanntlich von dem Chef des Hauses unter Aufsicht seines älteren Bruders und seines Sohnes geleitet werden, täglich an Umlauf, so daß bereits wiederholt deutsche Arbeiter von hier aus für dieselben engagiert werden müssen und es besonderer Anstrengungen des biesigen Hauptgeschäfts erfordert, den dortigen Bedarf zu decken.

Die Gesundheitspflege.

Seit mehr als 25 Jahren bewährt gegen Husten und Verschleimung die berühmten Malz-Brustbonbons aus der Fabrik Joh. Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstr. 1. Von den meisten wissenschaftlichen Instituten mit der silbernen und goldenen Preismedaille prämiert, haben sie durch ihre vortrefflichen Eigenschaften, ihren feinen angenehmen Geschmack und ihre wirkliche Heilkraft, über alle Länder und Welttheile Verbreitung gefunden. Daher sind die Malz-Brustbonbons als wichtigste Hausmittel von den bedeutendsten Medizinischen Autoritäten gegen Husten, Heiserkeit, Brust- und Halsleiden anerkannt und werden empfohlen von den Herren Geh. Med. Prof. Dr. Friedrichs, Prof. Dr. Sporer, Prof. Dr. Traube, Prof. Seelies, Prof. Dr. Kleckner, Geh. Sanit. Rath Dr. Gritzev. Preis à Carton 40 Pf. und 80 Pf.

Berkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Alter Markt 56; in Schrimm die Herren Cassiel & Co.; in Wronowick Herr Herrn Ziegel; in Pleśczen: Herr L. Zboralski; in Pinne Herr A. Borchard.

Bekanntmachung.

Die Tischler-Arbeiten incl. Materialieferung zum Bau des Eisenbahn-Kommisions-Gebäudes zu Posen sollen in 4 Wochen in öffentlicher Submission verhandelt werden.

Zur Entgegennahme versteigelter, mit entsprechender Aufschrift versehener Offeraten ist ein Termin auf

den 27. Januar 1875,

Vormittags 11 1/2 Uhr,

in dem Bureau der Unterzeichneten, Bäckerstraße Nr. 13a, anberaumt.

Zeichnungen und Lieferungsbedingungen liegen während der Geschäftsstunden zur Einsicht aus, und können

Letztere nebst Preis-Formulare gegen Erstattung der Copialien von 1 1/2 M. bezogen werden.

Posen, den 12. Januar 1875.

Königl. Betriebs-Inspektion.

Bekanntmachung.

Der auf den

4. Februar 1875,

in Mur.-Goslin anberaumte Holzsichtungstermin wird hierdurch aufge-

hoben.

An Stelle derselben ist auf

Mittwoch,

den 3. Februar 1875,

Vormittags 10 Uhr,

im Bock'schen Gasthause

zu Mur.-Goslin,

ein Holzsichtungstermin anberaumt, in welchem Beläufen mit Aus-

nahme von Erlenbain, Brennholz aus den Beläufen Warthenwald, Waldkranz, Briefen, Neukrug und Steigerzug zum

Verkauf gestellt werden wird.

Eckstelle, den 9. Januar 1875.

Der Oberförster.

Submission

auf Pflasterarbeit und Lieferung von Pflaster-

steinen.

Sonnabend, den 23. Ja-

nuar d. J.

Vormittags 10 Uhr,

im Geschäftszimmer des Unterzeichneten,

Bismarckstraße Nr. 5, Submission auf

Ausführung der Pflasterarbeit und auf

Lieferung der Pflastersteine zur Neu-

plasterung der Posen-Öbörner Pro-

vinzial-Chaussee vom Kirchhofsthor hier-

selbst bis zur Abzweigung des Glacis-

wegen Stat. 19.

Posen, den 12. Jan. 1875.

Der Bau-Inspektor.

Petersen.

Alle Diejenigen, welche Ansprüche an

den Nachlaß des zu Cerekowic bei

Borek verstorbenen Probstes Jar-

oszewski zu machen haben und ebenso

Diejenigen, welche Schuldner des ge-

nannten Probstes sind, werden erucht,

ihre Forderungen binnen vier Wochen

präzisesten Frist bei den unterzeichneten

Testamentsexekutoren anzumelden

und resp. ihre Schulden bei Vermeidung

der Klage an diese abzuführen.

Pfarrer, Pfarrer in Jezewo.

Pfarrer in Busto.

Alle Diejenigen, welche dem Uhr

macher Paul Hennecke hier selbst

irgend etwas zu fordern oder Werth-

gegenstände hinter sich haben, wollen

sich sofort melden im Comtoit Schuh-

macherstr. 8.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zu dem diesjährigen Warthe-Regulirungsbau bei Szczecin, circa 1 Meile unterhalb Schrimm, erforderlichen Materialien bestehend in circa

30,000 Kbm. Haschinen, 130,000 Stück Buhnen-

pfähle von 1,3 bis 1,5 M. Länge,

15,000 Stück Hackpfähle

und

11,000 Stück Pfaster-

pfähle und des später erst genauer festzustel-

lenden geringeren Bedürfnisses an gleich-

artigen Materialien für die Unterhal-

tungsbauten im I., II., III. und IV.

Warthe-Aufsichts-Distrikte von der Rus-

sischen Grenze bis Dzwinsel soll im Wege

der Submission an den Mindestfordern-

den vergeben werden.

<p

Hierdurch beehe ich mich Ihnen ergebenst anzugeben, daß ich, nach mehrjähriger Thätigkeit im Hause des Herrn Jacob Appel, hierorts

Wilhelmsplatz Nr. 12, neben Müldau's Restaurant,

ein Coloniaswaren-, Süßfrucht- und Desiccatez-Geschäft unter der Firma:

S. Samter jun.

errichtet habe.

Mein neues Unternehmen empfehle Ihrer freundlichen Beachtung.

S. Samter jun.

Das beste Schnitzmittel



Am 18. Januar



beginnt der Verkauf geimpfter Zuchtböcke aus meiner Stammherde. Ich habe mich bemüht, den jeweigen Anforderungen an Körper und Gewicht, soweit dies bei vieler und edler Tuchwolle möglich, gerecht zu werden; es wieg'n die jungen Böcke im Alter von 12 Monat bis zu 110 Pfund pro Kopf.

Hohen-Carzig bei Bahnhof Friedeberg a. d. Osbahn.

Matthes.



Die Stiefel-Fabrik von J. Skoraczewski, Alter Markt 55. 1. Etage.

hält eine große Auswahl namentlich sehr dauerhafter Herren-Stiefel auf Lager.

Gegen das Durchnässen des Leders aller Art, so wie um es weich und dauerhaft zu machen, empfehle ich die Stiefelschmiedere meines eigenen Fabrikats. Alle Bestellungen sowohl auf Herren- wie Damen-Arbeit führe ich schnell und sauber zu mäßigen Preisen aus.

Magenkrampf

wird sofort und sicher beseitigt durch magenkärenden

Ingwer-Extract

von Aug. Urban in Breslau, in Flaschen a 20 und 10 Sgr. bei Ed. Federt jun. in Posen.

Richard Fischer

empfiehlt

sein Lager ausgesucht feiner Thee's im Preise von 20 bis 120 Sgr., Melange bis 60 Sgr., Thee-Biscuits, echt engl. Fabrikat, Rum, Arrac's, Mandarin, Cognac, echt Chinesischen Thee-Eiqueur.

Pfannkuchen in Butter gebacken, sind täglich frisch zu haben beim Bäckermester

Ferd. Lindner,

Magazinstraße Nr. 14.

Fische! Leb. Hechte, Zander u. Barsen Donnerstag Ab. 4 U. bill. b. Kletschoff. Best. a. Seeische, Kasanen u. zu Best. Liefert werden prompt und billig effektuirt.

Imp. Bahia-Cigarren a Mitte 20 Thlr. empfiehlt Hugo Tilsner.

Ein gut möbl. Neunes Zimmer billig verm. Fischer 4. Hinterh. 2 Cr. I.

Kauf-Loose

zur 2. Klasse der Schleswig-Holsteinischen Landesindustrie-Lotterie sind ab 21/4 Km. in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Große Geldverloosung

8,639,000 Reichsm.

eingetheilt in

43,500 Gewinne,

vom Staate Braunschweig garantirt,

kommen in 6 Abtheilungen zur sicheren Entscheidung.

Haupttreffer: Reichsm. 450,000,

300,000, 150,000, 80,000,

60,000, 40,000, 36,000, 6

a 30,000, 1 a 24,000, 2 a

18,000, 11 a 15,000, 2 a 12,000,

17 a 10,000, 1 a 8,000, 3 a

6,000, 26 a 5,000, 43 a 4,000

u. s. w.

Der planmäßige Preis ist:

1 ganzen Original-Loos Reichsm. 16

oder Thlr. 5 10 Sgr., 1 halbes Ori-

ginal-Loos Reichsm. 8 oder Thaler 2

20 Sgr., 1 viertel Original-Loos

Reichsm. 4 oder Thlr. 1 10 Sgr.

Alle Aufträge, selbst nach den entfernten Gegenden, werden von mir

auf prompteste und sorgfältigste

ausgeführt. Jeder Teilnehmer erhält

das mit Staatswappen versehene

Original-Loos nebst amtlichem

Platz zugesandt, und sofort nach Zie-

hung die amtliche Liste.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt

prompt und unter Staatsga-

rantie.

Zu der am 21. und 22. Januar be-

ginnenden Ziehung lädt zu einem

Glücksspiel ergebenst ein.

Kaufmann,

Staatsfesten-Handlung.

Hamburg.

P. S. Jed. Bestellung auf diese Ori-

ginal-Loos kann man einfach auf eine

Posteinzahlungskarte machen, auf

Wunsch auch gegen Postvorbeh.

Ein zweifelstriges möbliertes hel-

les Zimmer, mit separatem Ein-

gang nach vorn heraus, ist Gr. Gerber-

straße Nr. 5, 1. Etage links, sofort

billig zu vermieten.

Dammlstraße 4

ist eine Wohnung von 4 Zimmern

nebst Zubehör, sowie größere Betreide-

schrütteln und Spirituskellerräume

vom 1. April c. zu vermieten. Näh.

bei Levin Berwin Söhne, Schloss-

straße 2.

Eine große Wohnung, 1. Stock

Breslauerstraße, ist vom 1. April, auch

früher zu vermieten. Näh. Schützen-

straße Nr. 2, 2. Stock.

Bergstr. 8 ist eine Kellerwohnung

zu vermieten.

Ein zweifelstr. gut möbl. Zimmer

vornb. mit Entr. ist St. Martin 57,

1. Etage, sof. zu vermieten.

Bäckerstr. 18 4 Zimmer, Küche und

Zubehör v. 1. April od. früher z. ver-

Ein freundlich möblierte Stube, 1

Treppe, Neustraße Nr. 3, ist sofort an

1 Herrn zu vermieten.

2 eleg. möbl. Zim. u. Burschengeh. ev.

auch Stall. f. 4 Pferde Bäckerstr. 18

zu vermieten.

Für die Herrschaft Razot

bei Kosten wird zum 1. April

ein tüchtiger, deutsch und

polnisch sprechender, mit dem

Rechnungswesen vertrauter

Hofverwalter gesucht. Ge-

halt bei freier Station exel.

Bett 100 Thlr. Persönliche

Vorstellung erwünscht.

Für 2 Kinder, Mädchen u. Knabe,

9 u. 7 1/2 Jahr, 2 Jahre unterrichtet,

wird z. 15. April als Hauslehrer ein

cand. theol. gesucht. Gehalt b. fr.

Stat. n. Liebereink. Gef. Offerten unt.

A. Z. Exped. d. Pos. Stg.

Auf dem Gute Kaisers-

dorf bei Wissek wird zum

ersten J. bruar ein tüchtiger

unverheiratheter Gärtner ge-

sucht. Gehalt 180 Mark.

Gesucht zum 1. April d. J. ein

verheiratheter Förster

Polnische Sprache erwünscht. Mel-

denungen mit Lebenslauf und Abschrift

der Zeugnisse unter Chiffre v. N.

posto rest. Nassow i. Pom.

Zum sofortigen Auftritt wird

ein Lehrling

gesucht von

Moritz Eichborn & Co.

Personal Vorstellung notwendig.

Ein junger Mann, tüchtig als Verkäufer und mit

der Buchführung betraut, fin-

det Stellung. Selbstgeschrie-

bene Meldungen und Abschrift

der Zeugnisse nimmt Herr

Richard Fischer, Friedrichs-

straße 31, unter P. S. 45

entgegen.

Ein Lehrling

findest unter günstigen Bedingungen

sof. Stell. v. S. Wittkow Jr.

Wilhelmstraße 8.

In meiner Berliner Fi-

iale (Eliqueur-Fabrik) findet

ein Lehrling mit guten

Schulkenntnissen sofort Stel-

lung.

Hartwig Kantorowicz,

Wronkerstr. 6.

Verlangt

2 tüchtige

Bäckergesellen,

die mit der Commis- und Weißbäckerei

gut vertraut sind, können sich melden

in Kellers Hotel Sonnabend, den 16.

Januar von 11 Uhr Vormittag, bis 2

Uhr Nachmittag.

In meinem

Hotel de Rome

ist die

Portier-Stelle

wegen Krankheit des bisherigen

Inhabers sofort zu be-